

EINWOHNERRAT

PROTOKOLL

der 21. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

Sitzungsdatum: 20. Juni 2006 / 21. Juni 2006
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr / 18.00 – 20.00 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, 1. Vize-Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin
Heinz Giger
Arnold Julier
Roman Meury
Saskia Schärer
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter
Markus Rudolf-von-Rohr, Gemeindeverwalter-Stv.
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)
Kurt Hürzeler

Gäste:
Entschuldigt:
(Dienstag, 20.06.2006) Iris Zihlmann-Glanzmann
Dr. Ivo Corvini
Jean-Jacques Winter

Entschuldigt:
(Mittwoch, 21.06.2006) Iris Zihlmann-Glanzmann
Abwesend: Peter von Arx
Jean-Jacques Winter

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2006/2007:
 - a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
 - b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
 - c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
 - d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen
 - e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen

2. Berichte des Gemeinderates vom 03.05.2006 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.05.2006 betreffend Jahresrechnung 2005 Geschäft 3646 / A

3. a) Berichte des Gemeinderates vom 03.05.2006 betreffend Kostenrechnung und Leistungsberichte 2005 Geschäft 3659

b) Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 29.05.2006 betreffend Leistungsberichte 2005 Geschäft 3659 A

c) Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.05.2006 betreffend Kostenrechnung 2005 Geschäft 3659 B

4. Berichte des Gemeinderates vom 15.03.2006 und der Geschäftsprüfungskommission vom 29.05.2006 betreffend Geschäftsberichte 2005 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden Geschäft 3654 / A

5. Berichte des Gemeinderates vom 31.05.2006 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 07.06.2006 betreffend Kenntnisnahme von der überarbeiteten Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2007-2011 Geschäft 3661 / A

6. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 17.05.2006, betreffend „Einsetzen eines Tempo-Info-Gerätes zum Nulltarif“ Geschäft 3670

7. Postulat von Mario Bernasconi, SD-Fraktion, vom 26.04.2006 betreffend "Realisation einer Fusswegverbindung Mühlebachtal" Geschäft 3662

8. Postulat von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, vom 26.04.2006 betreffend Verschmutzung (Littering) der öffentlichen Plätze, Strassen und Trottoirs Geschäft 3668

9. Interpellation von Robert Richner, FDP-Fraktion, vom 18.01.2006 betreffend Sportanlage ‚Im Brüel‘ Geschäft 3647

10. Interpellation von Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006 betreffend ‚Bewilligte Dachformen gemäss Zonenreglement Siedlung‘ Geschäft 3651

Nach der Pause:
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

Der Protokollführer

Martin Bruder

Einwohnerratsprotokoll Nr. 21 vom 20. Juni 2006 / 21. Juni 2006

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der 1. Vize-Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Christoph Morat

Begrüssung / Mitteilungen des 1. Vize-Präsidenten

Der 1. Vize-Präsident **Christoph Morat** gibt die Entschuldigungen bekannt.

Neue parlamentarische Vorstösse

Eingegangen sind folgende Vorstösse:

Kleine Anfrage von Peter von Arx, SVP-Fraktion, betreffend Konsequenzen auf den Finanzplan 2006 – 2011 des „Nein zum Wohnen am Bachgraben“.

Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, betreffend Baurechtszinserträge zur Schuldentilgung verwenden.

Motion von Peter von Arx, SVP-Fraktion, betreffend Gemeindeland nur noch im Baurecht vergeben.

Postulat von Mario Bernasconi, SD-Fraktion, betreffend Wasser für Mensch und Tier.

Traktandenliste

Vorgängig gibt **Christoph Morat**, 1. Vize-Präsident, bekannt, dass das Wahlgeschäft wie üblich erst am Mittwoch, dem 21. Juni 2006, stattfinden werde, was zur Folge habe, dass mit dem Traktandum 2 gestartet werde. Betreffend des, durch das Büro versandten Rückkommensantrags (in Sachen Tageskindergarten, Geschäft 3488) von Josua Studer erteilt er diesem das Wort.

Josua Studer, SVP-Fraktion, führt aus, dass der Entscheid über den Tageskindergarten erst kürzlich gefällt worden sei. Das Geschäft sei auf Wunsch von Gemeinderat Heinz Giger (Departementsvorsteher BEK) noch dringend an der letzten Einwohnerratssitzung behandelt worden. Zudem kenne man das Resultat der zwischenzeitlichen Abstimmung betreffend „Wohnen im Bachgrabenpark“. Gemäss der Vorlage sollte der Kindergarten unter anderem durch die Einnahmen aus dem Baurechtszins finanziert werden. Bekanntlich überprüfe seit der Abstimmung die Gemeinde, wo überall gespart oder was der zweiten Priorität unterstellt werden könne. Deshalb sei seine Fraktion der Meinung, dass dieses Geschäft nochmals behandelt werden sollte. Denn dem Tageskindergarten sei keine zweite Priorität zugewiesen worden. Deshalb habe seine Fraktion die Forderung gestellt, dass dieses Geschäft nochmals behandelt wird. Insbesondere sei von mehreren Ratsmitgliedern zu hören gewesen, dass sie trotz Bedenken nur der Partei zu Liebe dem Geschäft zugestimmt hätten. Er wisse nicht, wie das Projekt finanziert werden soll und die Dringlichkeit sei auch nicht gegeben. Es gehe nicht primär darum, das Geschäft scheitern zu lassen, sondern es soll das ganze, aber vor allem die Finanzierung, erneut betrachtet werden, damit man diesbezüglich künftig keine bösen Überraschungen erleben müsse.

Christoph Morat, 1. Vize-Präsident, erläutert den Antrag des Büros. Demnach soll der Rückkommensantrag nicht ins Geschäftsverzeichnis aufgenommen werden. Die Begründung dazu finde man im Schreiben an die Einwohnerratsmitglieder. Mit einem einfachen Mehr gemäss § 59 der Geschäftsordnung des Einwohnerrates soll darüber abgestimmt werden, ob das Geschäft nochmals ins Geschäftsverzeichnis aufgenommen werden soll oder nicht. Das Büro empfehle dem Einwohnerrat aus den genannten Gründen, solche Rückkommensanträge jeweils nicht anzunehmen. Dies würde ein politisches Signal geben. Denn so könne der Einwohnerrat jeweils auf sämtliche Geschäfte wieder zurückkommen sobald sich die Situationen ändern würden. Aufgrund dessen hätte ein Rückkommen Präjudizcharakter.

://:

Allschwil „ein Klacks“ sei. Dies habe ihn doch sehr erstaunt, handle es sich doch dabei immerhin um circa 1 Steuerprozent. Die Ausgangslage habe man wie folgt definiert: Die Grundlagen bestünden schon, und auf diesen werde man nun sauber aufbauen und daran weiterarbeiten. Alle Strategiepapiere und die Finanzstrategie bis ins Jahr 2010 seien den Anwesenden bekannt. Letztere habe der Gemeinderat insbesondere auf Anregung der FiReKo entwickelt, konfrontiert sei man damals mit der Thematik Schuldenbremse gewesen, welche auch der Hauptgrund für die detaillierte Finanzstrategie gewesen sei. Zum momentanen Zeitpunkt komme diese Finanzstrategie aber ins Wanken. Man habe lesen können, dass die Zielsetzungen bis ins Jahr 2010 nicht so einfach zu erreichen seien wie man sich dies erhofft habe. Der so genannte „Klacks“ fehle, zudem rechne man mit minderen Steuereinnahmen. Politisch stelle sich nun die Frage, ob man den Leuchtturm verschieben oder den Kurs ändern möchte. Der Leuchtturm sei symbolisch gesehen das Strategiepapier, der Kurs sei das Boot, in welchem man sich befinde. Politisch sollte seiner Ansicht nach die Antwort einfach zu geben sein, selbstverständlich ändere man den Kurs und nicht die Position des Leuchtturmes. Deshalb habe der Gemeinderat diese drei grundsätzlichen Beschlüsse gefasst: Erstens werde an der Finanzstrategie festgehalten, dies bedeute insbesondere die Zielsetzung eines stabilen Steuerfuss bis 2010. Zu betonen sei ein weiteres Mal, dass es sich dabei um eine Zielsetzung und nicht um ein Versprechen handle. So gehe es darum, Eigenkapital auf- und Fremdkapital abzubauen. Zweitens gelte es, den Finanzplan per Juni 2006 neu festzulegen und die bekannten Änderungen, wie z.B. die fehlenden Einnahmen aus dem Baurechtszins des Bachgrabenprojekts oder die befürchteten Steuermindereinnahmen von 1,3 Millionen Franken, in den aktualisierten Finanzplan einarbeite. In einem nächsten Schritt mache man eine Standortbestimmung, wie dies im Arbeitspapier des Gemeinderates nachzulesen war. Idee und Ziel des Gemeinderates sei es aber nicht, erst am 23. Dezember mit den Anwesenden zu diskutieren, wie der Finanzplan auszusehen habe. Vielmehr soll diese Diskussion nun begonnen werden. Zum Beispiel, welche Ziele wie gewichtet oder finanziert werden sollen. Er habe vernommen, dass diese Diskussion bereits lanciert worden sei. Der dritte gefasste Beschluss betreffe die Frage, was mit dem Gebiet Wegmatten nun zu geschehen habe. Der Gemeinderat werde sich grundsätzlich mit Aktivitäten auf dem Gebiet Wegmatten zurückhalten. Die Grundidee sei, dass die Gemeinde weder Erststellungs- noch Unterhaltskosten zu tragen habe. Es würden Gespräche geführt mit dem FC Allschwil, es zeichne sich dabei eine allseits befriedigende Lösung ab. Im Detail könnten diese aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht umschrieben werden, da noch nichts definitiv sei. Zusammenfassend sei zu sagen, dass diese Punkte das Ergebnis von intensiven Diskussionen innerhalb des Gemeinderates seien.

Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin und Departementsvorsteherin Finanzen - Steuern, präsentiert den Bericht über die Jahresrechnung 2005. Vorerst falle auf, dass die laufende Rechnung 2005 erfreulicherweise mit einem Ergebnis von einem Ertragsüberschuss von CHF 1'844'000.00 abgeschlossen habe. Gegenüber dem Budget 2005 sei dies eine Verbesserung von CHF 1,9 Millionen. Bezüglich der Investitionsrechnung sähen die Zahlen wie folgt aus: Die Rechnung 2005 mit den Nettoinvestitionen schliesse mit einem Minussaldo von CHF 173'900.00 ab, was gegenüber dem Budget 2005 wiederum eine Veränderung von plus 4,8 Millionen Franken sei. Auch dies sei sicherlich erfreulich. Es stelle sich die Frage, was zu diesem guten Resultat geführt habe. Im Bereich Sachaufwand sei eine der wesentlichen Positionen, dass dieser um rund CHF 600'000.00 reduziert werden konnte. Anstatt des vom Gemeinderat gesetzten Plafonds von CHF 8,3 Millionen sei man auf CHF 7,7 Millionen Franken gekommen. Zudem hätten die Passiv-Zinsen reduziert werden können im Aufwand von CHF 324'000.00. Dies sei auf die generelle Situation im Zinswesen und speziell auf die gute Arbeit von Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Steuern – Finanzen zurückzuführen. Bei den Entschädigungen an das Gemeinwesen gebe es einen Beitrag Abwasserreinigung in Höhe von rund CHF 88'500.00 unter dem Budget, ein weiterer Posten seien die eigenen Beiträge, welche rund CHF 756'000.00 unter dem Budget liegen würden. Dies sei durch den Verzicht des Kantons auf die Miete Realschulgebäude pro 2005 möglich geworden. Die Thematik, was mit dieser Position zu geschehen habe, sei im Plenum des Einwohnerrates auch schon debattiert worden. Im Sinne einer Übergangslösung habe der Kanton auf eine Miete verzichtet. Ebenfalls ein reduzierter Posten seien die uneinbringlichen Steuern, diese beliefen sich auf eine Reduktion von CHF 59'000.00 gegenüber dem Budget. Im Bereich Ertrag hätten die

Vermögenswerte um rund CHF 298'000.00 verbessert werden können. Es handle sich dabei um Liegenschaftserträge und Verzugszinsen, welche besser gewesen seien als angenommen. Der andere Posten seien die Entgelte, bei welchen man beinahe eine Million Franken habe einsparen können. Vor allem die Nachzahlung des kantonalen Unterhalts für die Sekundarschulgebäude von rund CHF 300'000.00 sei dort zu verzeichnen. Den weiteren Posten Rückerstattungen Sozialhilfe-Leistungen könne der Gemeinderat jeweils nur schwierig budgetieren, aber auch dieser habe zu diesem guten Resultat geführt. Es gelte nun aber zu beachten, dass diese positiven Finanzereignisse nicht alle jedes Jahr anfallen werden, sondern zu einem Grossteil einmalige Ereignisse darstellen und mit ihnen deshalb in den Folgejahren nicht gerechnet werden dürfe. Dies gelte vor allem betreffend des Verzichts des Kantons auf die Miete der Realschulgebäude und die Nachzahlung des Kantons für den Unterhalt der Sekundarschule. Auch die Vermögenserträge würden kaum jedes Jahr so positiv ausfallen. Die 7,7 Millionen Franken des Sachaufwands seien nach Ansicht des Gemeinderates ebenfalls nicht ganz realistisch, dort müsse mit 8 Millionen Franken gerechnet werden. Bei den Passivzinsen sei es eine Frage des Marktes, welcher für die Zukunft eher einen Anstieg verzeichnen dürfte. Der ausgeglichene Finanzhaushalt, der Abbau der Fremdverschuldung und der Aufbau des Eigenkapitals seien nur durch den Ertragsüberschuss von 1,8 Millionen Franken möglich gewesen. Es sei nach Ansicht des Gemeinderates nun wichtig, nicht bloss auf das Jahr 2005 zu schauen, sondern auch die Zukunft ins Auge zu fassen. Mit der Revision des kantonalen Steuergesetzes kommen weitere Belastungen auf das Budget zu. Man rechne dabei, gestützt auf Informationen des Kantons, mit belastenden 1,3 Millionen Franken. Die beschlossenen Blockzeiten des Tageskindergartens und der Wegfall Grundstücksertrag Wegmatten gelte es ebenfalls zu berücksichtigen. Insgesamt rechne der Gemeinderat in Zukunft mit Mehrbelastungen von 2,1 Millionen Franken. Nicht mitgerechnet sei dabei die Tagesschule auf Stufe Primarschule, bezüglich welcher der Gemeinderat aber davon ausgehe, dass sie selbst tragend sei, ansonsten die Übung abgebrochen würde. Ebenfalls nicht mitgerechnet sei die generelle Aufgabenprüfung des Kantons (GAP), welche sich ebenfalls belastend auswirken werde. Die Rechnung sei einfach, die 2,1 Millionen Franken zusätzliche Belastung, 1,8 Millionen Franken Ertragsüberschuss, davon 1,1 Millionen Franken einmalig, was einen eigentlichen Überschuss von CHF 700'000.00 ergebe. Für die Zukunft ergebe dies einen Verlust. Dies sei klar nicht das, was der Gemeinderat möchte. Dieser wolle auch in Zukunft ein ausgeglichenes Haushaltsbudget präsentieren können. Insgesamt sei die Schuldenentwicklung der vorliegenden Rechnung aber durchaus positiv. So habe man insgesamt über 2 Millionen Franken Schulden abbauen können. Dies alleine dank des Ertragsüberschusses. Ohne diesen wäre auch eine Abnahme des Fremdkapitals nicht möglich gewesen. Wie schon Dr. Anton Lauber gesagt habe, soll im Sinne des Leuchtturms die Finanzstrategie nicht abgeändert werden. Mit anderen Worten müssten die Ausgaben und die Investitionstätigkeiten in Zukunft überprüft werden. Würde man dies unterlassen, seien die Finanzstrategie und die Ziele in Frage gestellt. Vor allem in Frage gestellt würde der Aufbau des Eigenkapitals und der Abbau der Fremdverschuldung. Konsequenz daraus sei, dass für Vorhaben und Begehren von nun an klare Prioritäten zu setzen seien. Die Entwicklung der laufenden Rechnung sei in der Vergangenheit alles andere als rosig gewesen. Ab dem Jahre 2000 sei diese in ein Loch gefallen, in welches der Gemeinderat nicht mehr kommen wolle, weshalb positive Rechnungsabschlüsse dringend notwendig seien. Abschliessend dankt sie der FiReKo und deren Präsidentin Verena Meschberger für die umfassende und umsichtige Prüfung der Rechnung. Weiter bedankt sich die Departementsvorsteherin bei der ganzen Verwaltung, welche dieses Ergebnis möglich gemacht habe. Bei dieser Gelegenheit weist sie nochmals auf den Sachaufwand hin, wo das Minus von CHF 700'000.00 erzielt werden konnte. Speziellen Dank spricht sie Herrn Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen - Steuern aus. Einerseits für den diesjährigen Abschluss, andererseits aber vor allem für die vergangenen Jahre, da dieser bekanntlich pensioniert werde. Seine Nachfolgerin, Frau Holzer, welche sich ebenfalls im Saal befinde, werde den Posten der Hauptabteilungsleiterin Finanzen - Steuern per 1. November 2006 übernehmen. Abschliessend bittet die Referentin, die Rechnung zu genehmigen und auf das Traktandum einzusteigen.

EINTRETENSDEBATTE

EINTRETEN ist unbestritten.

Verena Meschberger, Präsidentin der FiReKo, drückt ihre Freude aus betreffend des Abschlusses 2005. Sie wiederholt, dass der Finanzplan durch die Abstimmungen einen speziellen Stellenwert bekommen habe und dass der Grossteil dieses Resultats auf einmaligen Ereignisse zurückzuführen sei. Trotzdem sei eine gewisse Freude zur Zeit berechtigt, konnten doch Schulden abgebaut werden und das Eigenkapital mehr aufgestockt werden als dies budgetiert gewesen sei. Sie verweist dazu auf den Bericht des Gemeinderates und die vorherigen Ausführungen von Nicole Nüssli-Kaiser. Die FiReKo habe in ihrem Bericht darauf hingewiesen, dass für den Sachaufwand jeweils pro Abteilung ein Posten im Sinne eines Globalbudgets sinnvoll wäre. Dies in erster Linie beim Hochbau und beim Tiefbau. Die vergangenen Jahre hätten mehrfach gezeigt, dass budgetierte Arbeiten nicht durchgeführt werden konnten, weil andere, dringendere aufgetaucht seien oder die personellen Ressourcen fehlten. Selbiges Vorgehen sei nach Ansicht der FiReKo auch sinnvoll bei den Investitionen, dies im Sinne eines Sicherheitsventils in Fällen, bei denen es Verschiebungen gebe wie z.B. beim späteren Baubeginn des Sportplatzes „Im Brüel“. Bezüglich des Ausschöpfens der Stellenprozente sei es sicherlich korrekt, dass bei einer Stellen-Neubesetzung der Bedarf zu prüfen sei und die Stelle erst nach einer Kohärenzfrist von 3 Monaten wieder besetzt werde. Erinnerung man sich aber an die Ausführungen von Daniel Siegrist, Hauptabteilungsleiter Sozialdienste, stelle sie sich die Frage, ob die nicht benötigten Stellen nicht für die Aufstockung des Sozialdienstes genutzt werden sollen. Es sei nicht gerade löblich, dass sich die Gemeinde Allschwil pro Mitarbeiterin, resp. Mitarbeiter im sozialen Dienst im Vergleich mit den anderen Gemeinden am oberen Rand der Anzahl Betreuungsfälle befände. In Bezug auf die Betreuungskosten könne dies gar kontraproduktiv sein. Seit mehreren Jahren könne die FiReKo feststellen, dass sich das Rechnungswesen auf einem hohen Stand befindet. Dies sei ein gemeinsamer Verdienst der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Departementes Finanzen - Steuern und ihrem Hauptabteilungsleiter. Es freue sie besonders, dass dieser in seinem letzten Abschluss noch ein „Bombenresultat“ erzielen konnte. Im Namen der FiReKo dankt deren Präsidentin Kurt Hürzeler von Herzen für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren. Es sei für sie eine echte Hilfe gewesen, dass sie Kurt Hürzeler jederzeit um Rat bitten konnte und er sich für ihre Anliegen Zeit genommen hat. Spezielle Beachtung gelte der Bearbeitung des ausführlichen Fragenkataloges. Dieser sei nicht nur buchhalterisch durch den Revisor und dessen Mitarbeiter geprüft worden, sondern hier gehe die FiReKo über die rein gesetzlichen Aufgaben hinaus. Deshalb interessiere es die FiReKo, was hinter den revidierten Zahlen stehe. So z.B. die Suche nach Antworten auf die Frage, weshalb Budgetabweichungen entstanden sind. Dieses kritische Hinterfragen der Resultate der einzelnen Konti erachte die FiReKo als wichtig. So soll dem Gemeinderat und der Verwaltung, aber auch dem Einwohnerrat gezeigt werden, dass die FiReKo daran interessiert sei, ob und wie das Budget umgesetzt werde. Die diesbezüglichen Anstrengungen des Gemeinderates würden geschätzt, der insbesondere das Buch „Filo“, Finanz- und Leistungsordnung, geschaffen habe und dafür Sorge, dass entsprechende Weisungen eingehalten werden. Kurt Hürzeler wünscht sie für den künftigen Lebensabschnitt Zufriedenheit, Glück und Gesundheit. Das Plenum bittet sie, dem Antrag des Gemeinderates und der FiReKo zu folgen und den vorliegenden Abschluss der Finanzbuchhaltung zu genehmigen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, dankt vorerst allen, die zu diesem guten Rechnungsergebnis beigetragen haben, dies speziell Kurt Hürzeler für dessen engagierten Einsatz. Wie der Gemeinderat sehe auch die CVP-Fraktion den positiven Rechnungsabschluss der einmaligen Einnahmen wegen nicht allzu optimistisch. Er verweist dazu auf die Ausführungen von Nicole Nüssli-Kaiser. Bei den Passivzinsen liege tatsächlich zur Zeit eine Tiefzinsphase vor. Dies reiche jedoch alleine nicht aus, es brauche zusätzlich Fingerspitzengefühl und ein sorgfältiges Liquiditätsmanagement seitens der Hauptabteilung. Bei den Steuereinnahmen seien jene von den juristischen Personen um circa CHF 550'000 niedriger als budgetiert. Die Differenz stamme aus den budgetierten Beträgen aus den Vorjahren. Im laufenden Jahr haben bei den juristischen Personen die budgetierten Steuereinnahmen erreicht werden können. Es sei zu erwähnen, dass die Verwaltung aktiv Wirtschaftsförderung betreibe. Spezielle Erwähnung verdiene dabei der kürzlich vergebene erste Unternehmerpreis. Die CVP-Fraktion empfindet

dies als eine richtige Förderung. Bezüglich des Traktandums verzichte er auf einen Ausblick in die Zukunft. Diese Diskussion müsse beim Finanzplan und beim Budget 2007 geführt werden. Schliessen wolle er mit folgender positiven Zahl: Die Pro-Kopf-Verschuldung bezüglich der Nettoschulden habe sich von CHF 1'481.00 im Vorjahr auf CHF 1'176.00 im laufenden Jahr reduziert. Gemäss der Beurteilung des Kantonalen Amtes für Statistik entspreche dies einer hohen Verschuldung. Er persönlich sei der Meinung, dass diese Verschuldung tragbar sei. Auf die einzelnen Einwohner gerechnet müssten somit diese bei der Gemeindeverwaltung CHF 1'176.00 abliefern und Allschwil wäre schuldenfrei. Seine Fraktion stimme der Jahresrechnung zu.

Robert Richner, FDP-Fraktion, führt aus, dass auch seine Fraktion das erfreuliche Resultat von 1,8 Millionen Franken zur Kenntnis genommen habe. Dies aber auch mit der Erkenntnis, dass dieses einmalig sein werde. In der Budgetsitzung habe er die CHF 800'000.00 aus der Realschulhausmiete in der Rechnung 2005 anderweitig verwenden wollen. Nun störe er sich daran, dass seines Erachtens der Gemeinderat diesen Betrag nun entgegen den damaligen Aussagen als Gewinn ausgewiesen und somit das Eigenkapital erhöht. Er könne zwar damit leben, dass dieser Betrag als Eigenkapital eingesetzt worden sei. Wäre das ganze anders gehandhabt worden, hätte auch in Zukunft der Aufwand reduziert werden können. Weiter zeige die Rechnung, dass sich die in den vergangenen Jahren erkennbare verbesserte Finanzlage bestätigt habe. Die schlimmen Jahre 2001-2002 seien vorerst vorüber. Aber wie schon gehört, kämen auch wieder andere Zeiten auf die Gemeinde zu. Der eingeschlagene Sparkurs soll im Rahmen des Vernünftigen weitergeführt werden. Im Namen der FDP-Fraktion dankt auch er von Herzen Kurt Hürzeler für dessen Tätigkeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Als Vertreter der FDP in der FiReKo habe er 6 Jahre mit ihm zusammengearbeitet und ihn dabei sehr geschätzt. Kurt Hürzeler sei stets ein kompetenter Ansprechpartner gewesen, dem das Wohl Allschwils am Herzen gelegen sei.

Peter von Arx, SVP-Fraktion, nimmt namens seiner Fraktion Stellung zum Geschäft. Auch seine Fraktion sei über den Abschluss erfreut gewesen, habe aber auch Bedenken betreffend dessen, dass der Betrag nicht vollumfänglich durch die Leistungen innerhalb der Einnahmen und Ausgaben zu Stande gekommen sei. Stattdessen stehe dieser durch ausserordentliche Einnahmen zu Buche. Nach Ansicht seiner Fraktion soll eine Rechnung nur dann als positiv angesehen werden, wenn mit jenen Einnahmen und Ausgabe gerechnet werde, die laufend und kontinuierlich anfallen. Für die Zukunft wünsche die Fraktion, dass auf diese Art und Weise gearbeitet würde, dass also ausserordentliche Erträge in vollem Umfang für die Schuldentilgung verwendet würden. Namens seiner Fraktion bedankt auch er sich bei Kurt Hürzeler für seine Verdienste und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, legt dar, dass seine Fraktion für Annahme der Rechnung sei. Er bedankt sich für die grosse Arbeit der FiReKo und verweist auf die Detaildiskussion.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt aus, dass auch die SD-Fraktion den Ertragsüberschuss zur Kenntnis nehme. Es sei klar, dass hinsichtlich der Zukunft die konsequente Weiterführung des Sparkurses einzuhalten sei. Zu den Ausführungen des Gemeindepräsidenten betreffend der Abstimmung zum Bachgrabenpark müsse er sagen, dass bezüglich des verloren gegangenen Steuerprozentes sei dies vielleicht gar nicht so schlecht, zeige doch der Gemeinderat, aber auch die Mehrheit des Einwohnerrat, eine grosse Ausgabefreudigkeit. Zur Zeit sehe die Rechnung aber positiv aus und wenn künftig haushälterisch mit den Finanzen umgegangen werde, sähe er diesbezüglich keine Probleme. Der Gemeindepräsident habe gesagt, dass er die Nichterhöhung des Steuerfusses nicht versprechen könne. Der Referent würde hier noch weiter gehen und seiner Ansicht nach soll in Richtung Senkung des Steuerfusses tendiert werden. Somit würden potente Steuerzahler nach Allschwil kommen. Die Rechnung werde aber zur Kenntnis genommen.

DETAILBERATUNG

Die Rechnung 2005 wird nach Oberkonti verlesen.

Laufende Rechnung:

S. 10 - 11 Allgemeine Verwaltung

Keine Wortmeldung

S. 12 - 16 Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldung

S. 17 - 22 Bildung

Keine Wortmeldung

S. 23 - 26 Kultur und Freizeit

Keine Wortmeldung

S. 27 - 28 Gesundheit

Keine Wortmeldung

S. 29 - 32 Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldung

S. 33 - 34 Verkehr

Keine Wortmeldung

S. 35 - 41 Umwelt und Raumplanung

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, möchte bezüglich der Position 750, Gewässerverbauung, wissen, was bei „Übriger Unterhalt durch Dritte“ zu einem Betrag von beinahe CHF 30'000.00 unterhalten worden sei.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen-Steuern, erklärt, dass es sich dabei um den Unterhalt des Bachgrabengebiets handle, v.a. der dortigen Baumpflege.

S. 42 - 43 Volkswirtschaft

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, stellt die Frage, um was für Dienstleistungen und Honorare es sich bei Position 840-31, Sachaufwand Dienstleistung und Honorare, handle.

Kurt Hürzeler, Hauptabteilungsleiter Finanzen-Steuern, erklärt, dass es sich dabei primär um Wirtschaftsförderung, aber auch um öffentlichen Schmuck wie Christbaumschmuck handle. Mit CHF 17'000.00 trage aber die Wirtschaftsförderung, resp. das Standortmarketing den Hauptteil.

S. 44 - 46 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldung

Investitionsrechnung

S. 49 Allgemeine Verwaltung

Rolf Glatz, SP/EVP-Fraktion, vermerkt, seiner Fraktion sei aufgefallen, dass bei diversen Posten Arbeiten aufgeschoben wurden, die Gelder folglich im Jahre 2005 nicht gebraucht wurden. Zusammengerechnet belaufe sich der Betrag auf rund eine Million Franken. Würden die Arbeiten alle im laufenden Jahr in Angriff genommen, würden der Gemeinde in der Rechnung des Jahres 2006 bereits eine Million Franken fehlen, da dieser Betrag nicht für das Jahr 2006 budgetiert gewesen sei. Der diesjährige Überschuss wäre somit zur Hälfte bereits zunichte. Seine Fraktion befürchte, dass entsprechend eines Pfluges die Aufgaben vor der Gemeinde hingeschoben würden; eines Berges gleich, der immer grösser werde. Dies teils auch deshalb, weil mit dem vorhanden Personal diese Projekte nicht zügig erledigt werden könne. Weiter habe man den Eindruck, dass auf dem Buckel des Personals gespart würde. So

würden z.B. auch die vakanten Stellen nicht alle wieder besetzt. Diese Entwicklung bereite seiner Fraktion Sorge und er möchte vom Gemeinderat wissen, wie dieser mit der erwähnten Entwicklung umzugehen gedenke.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen-Steuern, erklärt, dass es bei den Investitionen so sei, dass nicht jede Entwicklung schon in der Budgetrunde vorhersehbar sei. Am Beispiel der Hauptabteilung Tiefbau handle es sich dabei z.B. Bauten, welche aufgrund eines Schadens oder aufgrund der Bautätigkeit von Privaten notwendig werden. Der Gemeinderat versuche diese Thematik dadurch in den Griff zu bekommen, dass er eine 20-jährige Planung hinsichtlich dieser Problematik zu erarbeiten gedenke.

S. 49 - 50 Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldung

S. 50 Bildung

Keine Wortmeldung

S. 51 Kultur und Freizeit

Keine Wortmeldung

S. 51 Gesundheit

Keine Wortmeldung

S. 52 Soziale Wohlfahrt

Keine Wortmeldung

S. 52 Verkehr

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, erwähnt betreffend Position 620-501.34, Kreisel Binningerstrasse/Fabrikstrasse, dass die Kosten gemäss des Berichts CHF 800'000.00 anstatt CHF 520'000.00 betragen würden. Die Gemeinde trage bekanntlich die Hälfte der Kosten. Er fragt, ob dies bereits kommuniziert worden sei.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, erklärt, dass es sich um einen Kreisel handle, welcher vom Kanton finanziert würde und im Bericht nur als Vorleistung erfasst sei. Am Ende sei der gesamte Kreisel ein Thema des Kantons.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, stellt aber fest, dass der Kanton 50 % übernehme und 50 % an die privaten Anstösser weiterverrechnet würde. Da die Kosten nun aber um CHF 280'000.00 zugenommen hätten, interessiere es ihn, ob dies schon kommuniziert worden sei und ob die Verträge schon abgeschlossen worden seien.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, fügt an, er wisse nicht, ob die Verträge schon abgeschlossen und ob die Grundeigentümer vom Kanton informiert worden seien. Interessant sei, dass der Kreisel viel teurer sei als dies vom Kanton prophezeit gewesen sei. Dies wecke in ihm gewisse Befürchtungen betreffend des Grabenring-Kreisels.

Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, fragt, ob er abschliessend davon ausgehen könne, dass es sich bei diesem Posten um reine Vorleistungen handle und es reine Kantonsache sei.

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, bestätigt dies.

Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, erwähnt bezüglich der Positionen 620-501.28 und 32, Ziegelei Ost, dass in den Erläuterungen auf Seite 102 die Zusammenstellung der Kredite für die Jahre 2003-2005 zu finden sei. Die Einnahmen über die drei Jahre beliefen sich dort auf 4,526 Millionen Franken, die Ausgaben bis anhin auf 1,94 Millionen Franken, CHF 675'000 seien noch offen. Dies bedeute, dass knappe 2 Millionen Franken übrig blieben. Die Fraktion wolle wissen,

ob es sich dabei um tatsächliche Einnahmen handle oder was mit diesem Geld geschehen werde. Schliesslich hätten die Anstösser die vollen 4,5 Millionen Franken bezahlt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen-Steuern, erklärt, dass sie zu diesem Zeitpunkt die Frage noch nicht beantworten könne, jedoch der Sache nachgehen werde.

S. 53 Umwelt und Raumplanung

Keine Wortmeldung

S. 55 Finanzen und Steuern

Keine Wortmeldung

Es folgt die Abstimmung über die Jahresrechnung 2005 der Einwohnergemeinde Allschwil.

Die Jahresrechnung der Einwohnerkasse für das Jahr 2005 wird **einstimmig genehmigt**.

182 01.030 Einwohnerrat
 01.040 Gemeinderat
 01.032.001 Geschäftsprüfungskommission
 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

**3. a) Berichte des Gemeinderates vom 03.05.2006
betreffend Kostenrechnung und Leistungsberichte 2005**

Geschäft 3659

**b) Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 29.05.2006
betreffend Leistungsberichte 2005**

Geschäft 3659 A

**c) Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
vom 24.05.2006**

betreffend Kostenrechnung 2005

Geschäft 3659 B

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, präsentiert den Bericht des Gemeinderates betreffend Kostenrechnung und Leistungsberichte 2005. Er stellt fest, dass die Gemeinde Allschwil bezüglich des Leistungsberichtes einen sehr guten Standard erreicht habe und er sei überzeugt, dass mit dem erreichten Niveau auch weitergearbeitet werde. Das Ziel der Gemeindeführung sei, dass gesteuert werden könne. Dies sei nur möglich, wenn entsprechende Informationen eingebracht, verarbeitet und die Leistungen im Gesamtprozess überprüft und allenfalls mit einer neuen Zielsetzung gesteuert würden. Dieses Instrumentarium eigne sich dafür hervorragend. Es könne so eins zu eins festgestellt werden, dass die Leistungsaufträge und Zielsetzungen erreicht und dass die ausgewiesenen Kosten und die verrechneten Lohnkosten korrekt wiedergegeben werden, insbesondere dass die Kostenrechnung auch mit der Finanzbuchhaltung übereinstimmt. Die GPK und der Gemeinderat haben sich intensiv mit dieser Thematik angenommen. Zwei Aspekte seien speziell zu erwähnen. Im Bereich Information/Öffentlichkeitsarbeit seien grosse Fortschritte gemacht worden. Die Orientierung und Information an die Öffentlichkeit sei umfassend. Weiter stünden zwei Massnahmen in Sachen Marktwesen im Raum. Zum einen eine Teilrevision der Marktordnung und zum anderen eine Anpassung eines Leistungsindikators. Er sei ausserordentlich zufrieden mit den Leistungsberichten und somit auch mit der dahinter stehenden Gemeindeverwaltung.

Zum Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Leistungsberichte 2005 berichtet Präsident **Thomas Pfaff**: Er teilt mit, dass der Bericht der GPK nicht nur Leistungsberichte umfasst, sondern auch die Kostenrechnung. Dies könne deshalb gleichzeitig geschehen, weil die Sichtweise der GPK im Gegensatz zur FiReKo nicht die Herleitung der Kosten, sondern deren Vergleich mit der Leistung beinhalte. Die GPK habe sich in diesem Jahr erstmals mit der Kostenrechnung auseinandergesetzt, weshalb sie sich vorerst an diese neue Aufgabe

herantasten müsse. Die präsentierten Ergebnisse seien deshalb relativ oberflächlich. Die GPK könne und werde sich aber in diesem Bereich noch steigern. Neben der im Bericht erwähnten Feststellung der GPK zu den Leistungsberichten habe man sich noch mit einem weiteren Thema befasst. Dies jedoch noch nicht so ausgereift, dass darüber schon abschliessend berichtet werden könne. Trotzdem soll der Vollständigkeit halber deren Stand bekannt gegeben werden. Es handle sich dabei um den Bericht über die Rückmeldungen aufgrund von Reklamationen. Bisher habe man aus Stichproben festgestellt, dass diese je nach Abteilung unterschiedlich verlaufen, insbesondere sei die Schwelle zur statistischen Erfassung einer solchen Rückmeldung unterschiedlich hoch. Somit könne dieser Indikator nur innerhalb der Abteilung mit den Zahlen aus den Vorjahren verglichen werden, nicht aber abteilungsübergreifend. Es sei aber aufgefallen, dass viele Beanstandungen die Verwaltung gar nicht erreichen würden. Denn die Einwohner würden sich nicht die Zeit nehmen, solche zu melden, stattdessen würden diese am Stammtisch besprochen. So könne sich die Verwaltung nicht verbessern. Er wünscht deshalb von den Einwohnerräten und der Bevölkerung, an die Verwaltung sowohl positive als auch negative Rückmeldungen zu erstatten. Er bittet, die Berichte der Behörden und der GPK zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission betreffend Kostenrechnung 2005 nimmt die Präsidentin der FiReKo, **Verena Meschberger**, Stellung: Vor einem Jahr habe der Einwohnerrat zugestimmt, dass die FiReKo ein Detailkonzept zur Revision der Kostendeckung erarbeitet. Darin soll sie genau festlegen, was sie diesbezüglich vornehmen werde. Dies habe dazu geführt, dass die FiReKo die Kostenrechnung ausschliesslich aus buchhalterischer, nicht aber aus sachlicher Sicht prüfen werde. Letzteres sei Sache der GPK anlässlich der Leistungsberichte. Dank der ähnlich gelagerten Vorbereitungen durch den Projektverantwortlichen Markus Rudolf-von-Rohr habe die FiReKo genau gewusst, was sie an Prüfungsunterlagen erhalten werde. Diese hätten es ermöglicht, die Revision so durchzuführen, wie dies das Detailkonzept vorgesehen habe. Um die Aussage aus dem letzten Jahr betreffend der Sinnlosigkeit einer zusätzlichen Prüfung der Leistungsberichte durch die FiReKo zu bestätigen, habe man diese Doppelübung anhand der von der GPK als im Detail zu prüfenden Leistungsberichte zusätzlich kontrolliert und der GPK entsprechende Rückmeldung erstattet. Die Erfahrungen aus dem letzten Jahr hätten gezeigt, dass es sich dabei um eine unnötige Übung handle. Die Bemerkungen der FiReKo hätten auch keinen Eingang in die Berichte der GPK gefunden. Deshalb würden diese seitens der FiReKo nicht mehr durchgeführt. Im Rahmen der Schwerpunktprüfung habe man aber überprüft, ob auch im Detail die Verteilung der Kosten in den Leistungsberichten der GPK richtig sei. Sämtliche Prüfungen hätten keine Differenz aufgezeigt. Die Kostenrechnung sei demnach vollkommen in Ordnung. Daraus liesse sich folgern, dass das Detailkonzept zusammen mit dem Ablaufplan von Markus Rudolf-von-Rohr das richtige Instrument sei, folglich werde die FiReKo auch künftig damit arbeiten. Die FiReKo beantragt, von der Kostenrechnung 2005 Kenntnis zu nehmen.

DETAILBERATUNG

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, nimmt namens ihrer Fraktion zu beiden Berichten zusammen Stellung: Sie bedankt sich für die geleistete Arbeit der Kommissionen, insbesondere derer Präsidi. Für die Zukunft der Prüfung der Kostenrechnung hoffe sie, dass die FiReKo und die GPK noch besser zusammenarbeiten könnten, ohne jegliche Doppelspurigkeit, aber dennoch umfassend. Die SP/EVP-Fraktion werde die Berichte zur Kenntnis nehmen.

Sarah Lorenz, CVP-Fraktion, gibt bekannt, dass auch ihre Fraktion die Leistungsaufträge als erfüllt erachte. Die Mitwirkenden hätten alle gute Arbeit geleistet. Wie auch der Gemeindepräsident schon erwähnt habe, seien zwei Sachen verbesserungswürdig: das Marktwesen und der Bereich Information / Öffentlichkeitsarbeit. Ansonsten soll weitergefahren werden wie bisher. Sie bedankt sich für den grossen Aufwand und bittet, den Berichten zuzustimmen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, erwähnt den grossen Aufwand der Verwaltung und der Kommissionen, resultierend aus der Überprüfung durch Stichprobe der Kostenrechnungen und

Leistungsberichte. Es könne aber festgestellt werden, dass diese Rechnungen und Berichte immer besser und übersichtlicher würden. Bezüglich des Votums von Thomas Pfaff betreffend der fehlenden Meldungen durch die Einwohner erklärt er, dass die Berichte nun zwar für die Anwesenden verständlich seien, aber scheinbar für die einzelnen Einwohner noch nicht. Man sei aber offensichtlich auf dem richtigen Weg dazu. Er bedankt sich ebenfalls bei allen Beteiligten für den grossen Aufwand, speziell bei Kurt Hürzeler.

Alice Märky-Schällibaum, FDP-Fraktion, schliesst sich dem zuvor gesagten grundsätzlich an. Betonen will sie die hervorragende Zusammenarbeit mit der FiReKo. Bei der Prüfung der Produktegruppen sei es sinnvoll, mit entsprechenden Zahlen zu arbeiten. Der Bericht sei übersichtlich und verständlich. Sie bedankt sich bei allen Mitarbeitern der entsprechenden Departemente, welche die ausführlichen Fragen beantwortet hätten, und bei den Kommissionsmitgliedern. Für die Verfassung seines Berichtes dankt sie auch Thomas Pfaff. Die FDP-Fraktion werde den Bericht genehmigen.

://:

Von den Leistungsberichten und den Kostenrechnungen 2005 wird **mit grossem Mehr Kenntnis genommen**.

PAUSE

183	01.040	Gemeinderat
	01.032.001	Geschäftsprüfungskommission
	04.021	Schulrat Kindergarten und Primarschule
	04.031	Schulrat der Sekundarschule
	04.044	Musikschule (MS)
	02	Soziale Dienste / Sozialhilfe
	03	Soziale Dienste / Vormundschaft
	01.024	Wahlbüro

**4. Berichte des Gemeinderates vom 15.03.2006 und der
Geschäftsprüfungskommission vom 29.05.2006
betreffend Geschäftsberichte 2005 des Gemeinderates, der Schulräte
und der übrigen Behörden** **Geschäft 3654 / A**

Dr. Anton Lauber, Gemeindepräsident, stellt fest, dass man sich bezüglich der Leistungsberichte in erster Linie mit dem System auseinandersetze: Mit der Erfassung, der formellen Berichterstattung. Seiner Ansicht nach müsse man von der Stufe wegkommen, ob etwas erfasst wurde oder nicht, ob etwas erfüllt wurde oder nicht. Vielmehr sollte es darum gehen, die Fragen zu beantworten, ob und zu welchem Preis in welcher Qualität eine Leistung zu erbringen sei. Dies wäre das finale Ziel der „ALWO“. Betreffend des Geschäftsberichts befände man sich eindeutig in den Historien, weshalb dieser nur noch zu Kenntnis genommen werden könne. Trotzdem könnten immer wieder neue Erkenntnisse und Ansätze aus dem Bericht herausgelesen werden. Er drückt seine Freude betreffend des Geschäftsberichts, insbesondere betreffend dessen erreichten Qualität aus. Entsprechende Informationen habe er auch kommunal extern erhalten. Wann immer eine Kommission einen Bericht abliefern werde dieser durch den Gemeinderat analysiert und es werde darüber beraten, wo der Gemeinderat Handlungsbedarf sehe und wo nicht. Bezüglich dem Punkt Aus-, Fort- und Weiterbildung führt er aus, dass gemäss des Berichtes „ein niedergeschriebenes Konzept zu Aus, Fort- und Weiterbildung“ nicht existiere. Dies sei inhaltlich so nicht korrekt. Das ehemalige Konzept sei umgeschrieben worden in das neue Personal- und Besoldungsreglement, anhand dessen werde gearbeitet. Betreffend des Sicherheitsbeauftragten sei er erst kürzlich informiert worden. Dies bedeute nicht, dass dieser nicht existiert habe. Ein klarer Auftrag und die Prioritäten seien nun aber erteilt worden - dies noch vor dem Bericht der GPK. Betreffend des Wahlbüros finde er es schade, dass dieses erneut erwähnt wurde. Einmal Geschehenes bekomme man scheinbar nicht mehr so schnell wieder los. Es könne aber gesagt werden, dass das Wahlbüro

hervorragend arbeite und sämtliche Grundlagen vorhanden seien, insbesondere Checklisten, Pflichtenheften und eine disziplinierte Crew. Womit frohen Mutes in die nächsten Proporzahlen gestiegen werden könne. Er bedankt sich bei seinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen für die tolle Zusammenarbeit und er hofft, diese komme auch im Geschäftsbericht zum Ausdruck.

Thomas Pfaff, Präsident GPK, merkt bezüglich des Berichtes der GPK an, dass gemäss § 20 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates die GPK nebst der Prüfung der Geschäftsberichte der Behörden auch einmal jährlich dem Einwohnerrat Bericht zu erstatten hat. Aus diesem Grund befasse sich der Bericht der GPK nicht nur mit dem Inhalt der Geschäftsberichte, sondern informiert auch zusätzlich über die ordentliche Prüfungstätigkeit der GPK. Der Aufbau des Berichtes dürfte somit verständlich sein. Eine Zusammenfassung in einen einzigen Bericht sei seiner Ansicht nach sinnvoll. Bezüglich der einzelnen Punkte habe sich die GPK auch von der Aktualität beeinflussen lassen. Deshalb habe man sich für das Hundegesetz und das Littering interessiert. In beiden Fällen habe die GPK feststellen können, dass jene Themen, die die Bevölkerung beschäftigen, von der Verwaltung ernst genommen würden und sie sich am Puls der Zeit befinde. Zum Wahlbüro sei er gefragt worden, weshalb die GPK nur die Proporzahlen überprüft habe. Die Antwort sei einfach: Wer die Proporzahlen im Griff habe, könne auch bei Majorzwahlen Stimmen auszählen. Man habe festgestellt, dass das Wahlbüro seine Aufgaben gemacht habe. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die Arbeit des vergangenen Jahres und bittet, den Geschäftsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

EINTRETEN unbestritten.

DETAILBERATUNG

Gemeinderat Allschwil

S. 9 Erledigte Vorstösse des Einwohnerrates – Antrag auf Abschreibung

Es werden folgende Vorstösse **als erledigt abgeschrieben**:

Geschäft 3212

Postulat der FDP Allschwil-Schönenbuch, vom 02.12.1999, betreffend vermehrt mit dem Finanzvermögen arbeiten

Geschäft 3216

Postulat von Dr. Max Ribi, FDP-Fraktion, vom 14.01.2000, betreffend Erhaltung der Sportanlagen am Sandweg

Geschäft 3274

Postulat von Arnold Julier, CVP/SVP-Fraktion, vom 14.02.2001, betreffend Schaffung eines Begegnungs- und Familienzentrums

Geschäft 3430

Motion von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, vom 26.03.2003, betreffend Teilrevision Friedhofreglement

Geschäft 3441

Motion von Hanspeter Frey, FDP-Fraktion, vom 10.06.2003, betreffend Revision Steuerreglement

Geschäft 3492

Motion von Ornella Schneider, FDP-Fraktion, vom 21.01.2004, betreffend Fortführung der Plafonierung des Personalbestandes

S. 14 Präsidialdepartement

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, führt aus, dass im Bericht des Gemeindepräsidenten immer wieder von den Finanzen die Rede sei. Es würden wohl auch andere Themen wie Nachhaltigkeit, Wirtschaftsförderung, Zielsetzungen der Hauptabteilung und Berichterstattungen angesprochen, darüber stünde aber immer der Aspekt der Finanzen. In der näheren Vergangenheit habe Allschwil bezüglich Finanzierungen gewisse Flecken im Reinheitsheft erhalten, weshalb diese Gewichtung wohl eine gewisse Berechtigung habe.

S. 22 Finanzen - Steuern

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, drückt in ihrer Funktion als FiReKo-Präsidentin ihre Freude darüber aus, dass die Erwähnung der kantonale Wegleitung für die Rechnungsprüfungskommissionen in den Bericht Eingang gefunden habe. Sie und ihre Kommissionskolleginnen und -kollegen seien sich dadurch bewusst geworden, welche Pflichten, aber auch Kompetenzen sie eigentlich hätten. Diskussionen darüber mit dem Gemeinderat hätten unterdessen gefruchtet.

S. 26 Tiefbau - Umwelt

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, erklärt, dass die FiReKo immer wieder feststellen könne, dass für die Gemeinde und speziell für Gemeinderat Robert Vogt und Hauptabteilungsleiter Andres Linder die Folgen des „Schlamassel“ und des „Durcheinanders“ welches die beiden übernommen haben, noch immer spürbar seien. Es sei aber deutlich ersichtlich, dass grosse Bemühungen zur Aufräumung und Nachvollziehbarkeit stattfinden. Zum Gesamtbericht hält sie namens ihrer Fraktion fest, dass dieser das wesentliche zeige, umfassend und gut geschrieben sei. Sie bedankt sich bei allen Verfassern für ihre Dokumentation, aber auch für ihre Arbeit im Verlaufe des ganzen Jahres.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, drückt betreffend der Textstelle „Auch der Umwelt- und Naturschutz soll mit verstärktem Einsatz in Allschwil fortgeschrieben werden. Die Gemeinde muss ihre Verantwortung wahrnehmen und entsprechende Massnahmen umsetzen.“ seine grosse Freude aus. Er hofft, dass über deren Umsetzungen in den Geschäftsberichten 2006 zu lesen sei.

S. 30 Hochbau - Raumplanung

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, führt aus, dass das Bildungsgesetz offenbar eine Zusammenführung der ehemaligen Real- und Sekundarschule zur neuen Sekundarstufe I verlange. Die bauliche Umsetzung dieser Forderung werde nun erarbeitet und gemäss Gemeinderat Roman Meury dienen die Ergebnisse daraus „als Planungsgrundlage für die künftigen Schulhaussanierungen und werden dem Einwohnerrat im kommenden Jahr dem Einwohnerrat zur Stellungnahme unterbreitet“. Dabei handle es sich um das Jahr 2006. Er fragt, ob diesbezüglich, auch im Zusammenhang mit dem Finanzplan, noch im laufenden Jahr ein Bericht erwarten werden dürfe.

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau - Raumplanung, weist darauf hin, dass eine Orientierung, wie von Claude Rothen selbst erkannt, im Rahmen des Finanzplanes vom kommenden Dezember stattfinden werde. Zur momentanen Situation könne gesagt werden, dass die neuen Schülerzahlen nun eingetroffen seien und die beiden Schulleitungen den Auftrag erhalten hätten, diese zu analysieren und entsprechende Anträge zu stellen. Betreffend der Harmonisierung der Schulen gelte es zudem abzuklären, wie diese sich auf die Schulbauten auswirke.

S. 33 Einwohnerdienst - Sicherheit Keine Wortmeldungen

S. 36 Bildung - Erziehung - Kultur Keine Wortmeldungen

S. 39 Soziale Dienste - Gesundheit

Keine Wortmeldungen

S. 43 Stellenplan, Personalverzeichnis der Gemeindeverwaltung

Keine Wortmeldungen

S. 48 Allschwil in Zahlen

Keine Wortmeldungen

S. 49 Einzelne Behörden / Wahlbüro

Schulrat Kindergarten und Primarschule Allschwil

Keine Wortmeldungen

S. 51 Schulrat Sekundarschule Allschwil

Keine Wortmeldungen

S. 53 Schulrat Musikschule Allschwil

Keine Wortmeldungen

S. 56 Sozialhilfebehörde

Keine Wortmeldungen

S. 58 Vormundschaftsbehörde

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, erachtet es als auffallend, dass das Kapitel über die Vormundschaftsbehörde inhaltlich noch genau gleich formuliert sei wie im letzten Jahr. Die Formulierungen seien sehr „sanft“, dies obschon die Umstände noch gleich dramatisch seien. Auch erkennbar sei dies, wenn etwas zwischen den Zeilen gelesen würde. Dasselbe gelte für die Sozialhilfebehörden.

S. 59 Wahlbüro

Keine Wortmeldungen

Abstimmung über den Geschäftsbericht 2005

://:

Vom vorliegenden Bericht des Gemeinderates und der Geschäftsprüfungskommission **wird mit grossem Mehr Kenntnis genommen.**

184 01.040 Gemeinderat
 01.032.002 Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
 07.011 Finanzplan/Jahreskontoblätter

**5. Berichte des Gemeinderates vom 31.05.2006 und der
Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 07.06.2006
betreffend Kenntnisnahme von der überarbeiteten
Finanzplanung der Einwohnerkasse über die Jahre 2007-2011
Geschäft 3661 / A**

Nicole Nüssli-Kaiser, Departementsvorsteherin Finanzen - Steuern, drückt ihre Freude darüber aus, den Finanzplan 2007-2011 präsentieren zu dürfen. Dies obwohl das Ergebnis nicht so erfreulich sei wie auch schon. Sie weist darauf hin, dass exakt der vorliegende Finanzplan schon im vergangenen Dezember bei der Budgetdebatte vorgelegt wurde. Damals

sei die Welt für den Gemeinderat insofern noch in Ordnung gewesen, als dass damals noch sämtliche finanzstrategischen Ziele erreicht worden seien. Seit damals habe es viele Neuigkeiten und Veränderungen der Rahmenbedingungen gegeben. So seien die Blockzeiten des Kindergarten angenommen worden, dies bedeute einen Mehraufwand von jährlich CHF 312'000.00. Weiter habe das „Nein“ zum Bachgrabenpark Einbussen von CHF 500'000.00 zur Folge. Das revidierte kantonale Steuergesetz bedeute für die Gemeinde Allschwil eine zusätzliche Belastung von 1,3 Millionen Franken. Das Fazit: der Gemeinde Allschwil werden für jedes Jahr 2,1 Millionen Franken fehlen. Somit seien sämtliche finanzstrategischen Ziele in Frage gestellt. Ohne korrigierende Massnahmen, welche der Gemeinderat einleiten müsse, würden folgende Ziele nicht erreicht: Gesamtfremdverschuldung nicht höher als ein Jahresumsatz, Ausgeglichener Finanzhaushalt, Aufbau Eigenkapital auf 6 Millionen Franken, Abbau Fremdverschuldung um 6 Millionen Franken. Deshalb habe der Gemeinderat an verschiedenen Sitzungen die laufende Rechnung überprüft und als erste Sofortmassnahme die Senkung des Plafonds Sachaufwand von 8,3 auf 8,0 Millionen Franken beschlossen. Dazu habe man bei allen Hauptabteilungen Abklärungen getroffen. Als Ergebnis ergaben diese, dass im Schnitt 7,7 Millionen Franken benötigt würden, weshalb eine Reduktion auf 8 Millionen Franken sicherlich angebracht sei. Weitere Sofortmassnahmen würden die Investitionsplanung betreffen. Bei der Feuerwehr sei die Beschaffung des Atemschutzfahrzeuges auf das Jahr 2012 hinausgezögert worden, dies obschon klar sei, dass dieses benötigt würde. Auf Prioritätsstufe 2 verschoben worden sind beim Kindergarten „Pestalozzi“ die Kosten eines Ersatzbaus, die Sanierung des Kindergarten ‚Metzgersmatten‘ und die Sanierung der Strassenkreuzungen am linksufrigen Bachgrabengebiet. Im Hinblick auf den Finanzplan vom Dezember 2006 werde eine generelle Überprüfung des gesamten Investitionsbedarfs 2007 - 2020 stattfinden. Im Besonderen werde überprüft: die Einführung Tempo 30, eine Projektreduktion betreffend Neubau Feuerwehrmagazin, der Zeitpunkt betreffend der Zweifachhalle Lettenweg und das Mehrjahresprogramm betreffend Strassensanierungen.

Der Gemeinderat habe aber sämtliche finanzstrategischen Zielsetzungen erneut bestätigt. So soll der bisherige Steuersatz bis 2010 fixiert bleiben, die Gesamtfremdverschuldung soll maximal einen Jahresumsatz betragen, die Fremdverschuldung soll um 6,0 Millionen Franken reduziert werden, das Eigenkapital soll auf 6,0 Millionen Franken aufgebaut werden, der Sachaufwand plafoniert werden, Nettoinvestitionen sollen bis 2010 auf maximal 30,1 Millionen Franken bleiben und die Sparmassnahmen bei Beitragsleistungen und im Personalbereich weitergeführt werden. Die Resultate der Finanzplanüberarbeitung, wie sie sich zu diesem Zeitpunkt darstelle, also mit den Sofortmassnahmen und der Kenntnis über die Mehrausgaben, zeigten folgendes Bild: Das Fremdkapital werde demnach bis ins Jahr 2011 auf 69,8 Millionen Franken ansteigen. Dies sei sicherlich nicht die Idee des Gemeinderates und wohl auch nicht jene des Einwohnerrates. Dasselbe gelte für das Eigenkapital, wo man sich 2011 weit unter den 6 Millionen Franken befinde. Der im Dezember 2005 vorgestellte Finanzplan hätte für das Jahr 2011 ein Eigenkapital von 9 Millionen Franken vorgesehen. Die Verschlechterung sei hier deutlich ersichtlich. Als Schlussfolgerung müsse gesagt werden, dass weitere Steuerungsmassnahmen zur Stabilisierung der Finanzentwicklung notwendig seien. Die Ziele ausgeglichener Finanzhaushalt, die Gesamt-Fremdverschuldung nicht höher als der Jahresumsatz und die Beibehaltung der heutigen Steuerbelastung konnten laut des teilweise überarbeiteten Finanzplanes erreicht werden. Nicht erreicht wurden die Ziele Aufbau des Eigenkapitals auf 6,0 Millionen Franken und der Abbau der Fremdverschuldung um 6,0 Millionen Franken. Die Referentin ist sich bewusst, dass einiges nun mehrfach gesagt wurde, hat dies der Wichtigkeit wegen aber gerne in Kauf genommen. Sie bittet, den Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen.

EINTRETEN unbestritten

Verena Meschberger, SP/EVP-Fraktion, nimmt namens der FiReKo Stellung. Der Finanzplan soll langfristig Prognosen aufzeigen, obwohl er stetig Änderungen unterworfen würde. Dies hätten z.B. die zwei Volksabstimmungen dieses Frühjahrs und das in Aussicht stehende neue Finanzgesetz gezeigt. In der FiReKo sei diskutiert worden, ob diese drei sich finanziell negativ auswirkenden Hauptkomponenten im Finanzplan nachzutragen seien. Der Gemeinderat habe dies in seinem Bericht in einem sehr kurzen Abschnitt getan. Wie der Gemeinderat, sei auch die

FiReKo der Meinung, dass das Volk immer Recht habe und ein Finanzplan jederzeit den neuesten Gegebenheiten angepasst werden muss. Der Gemeinderat habe dies in minuziöser Arbeit getan, was Bewunderung verdiene, aber auch viel Zeit in Anspruch genommen habe, welche dann der FiReKo beim Studium des abgeänderten Finanzplans gefehlt habe. Die Aufgabe der FiReKo, einen Kommentar zu verfassen, sei durch die ins Detail gehende Überarbeitung des Finanzplanes erschwert worden. Allerdings sei dank dieses detaillierten Finanzplanes und den ausführlichen Erläuterungen von Nicole Nüssli-Kaiser deutlich erkennbar geworden, welches die Hauptüberlegungen des Gemeinderates bei der Überarbeitung gewesen seien. Trotzdem aufgekommene Fragen der FiReKo seien in kürzester Zeit beantwortet worden. Sie bedankt sich dafür bei den entsprechenden Personen. Nicht ganz gleicher Meinung wie der Gemeinderat sei die FiReKo betreffend der Möglichkeit des Erreichens der langfristigen finanzpolitischen Strategie unter den neuen Gegebenheiten. Nach Meinung der FiReKo sollten diese noch einmal überdenkt und falls nötig angepasst werden. Die FiReKo habe sich auf drei Schwerpunkte beschränkt. Alle Investitionen auf Prioritätsstufe 2 sind richtigerweise nicht in der laufenden Rechnung in den Abschreibungen enthalten. Dies sei wichtig wegen den Auswirkungen auf das Resultat der laufenden Rechnung. Als zweifelhaft erachte die FiReKo aber die Senkung des Sachaufwandes von 8,3 auf 8,0 Millionen Franken. Es werde befürchtet, dass somit der Unterhalt der Infrastruktur nicht in einem guten Rahmen aufrechterhalten werden könne. Bekannt sei, dass mangelnder Unterhalt am Ende teuer zu stehen kommen werde. Wie schon anlässlich des Finanzplanes vom November 2004 beanstandete die FiReKo, dass die Investitionen erneut unregelmässig auf das Planungsjahr verteilt worden seien. Die FiReKo frage sich, wie die grossen Projekte verwirklicht werden sollen, wenn schon in der momentanen Situation Projekte mangels Personalressourcen zurückgestellt werden müssten. Zu den einzelnen Investitionen äussere sich die FiReKo nicht, dies habe Nicole Nüssli-Kaiser bereits getan. Die Referentin hofft, dass sich die Fraktionen dazu äussern werden. Erwähnt wissen möchte sie die Diskussionen zwischen der FiReKo und dem Gemeinderat bezüglich der Aufteilung des Finanzplans in einen gebührenfinanzierten Teil und einen steuerfinanzierten Teil. Ersterer beinhalte Wasser, Abwasser und Kanalisation und muss gemäss gesetzlicher Vorgabe kostendeckend sein. Anders könne der steuerfinanzierte Teil durch Änderung des Steuerfusses oder der Investitionsplanung et cetera reguliert werden. Dies habe viel mit dem Tiefbau zu tun. Wie sie unbestätigt vernommen habe, sei z.B. die Kanalisation, als Abwasser eine Spezialfinanzierung, ein mögliches „Sorgenkind“. Würde es dort einen Leitungsbruch wie vor kurzen in Binningen geben, stünde man vor Investitionen in einer Höhe, wie sie eventuell nicht vorgesehen gewesen sei im Investitionsplan. Somit freue sich die FiReKo auf weitere Diskussionen mit dem Gemeinderat hinsichtlich dieses aufgeteilten Finanzplanes. Bezüglich der langfristigen Prognosen sei ein unsicheres Gefühl geblieben. Deshalb sei sie sehr froh, dass der Gemeinderat sich nicht nur mit der, den Finanzplan abdeckenden Frist von fünf Jahren befasst, sondern den Blick weiter bis ins Jahr 2020 richte. Dafür sei man dankbar. Der nächste Finanzplan in wenigen Monaten werde eine der ersten Aufgaben von Frau Holzer, der neuen Hauptabteilungsleiterin Finanzen - Steuern sein. Sie bedankt sich nochmals bei Kurt Hürzeler für das jeweilige erneute Berechnen des Finanzplans. Sie bittet, den vorliegenden Finanzplan zur Kenntnis zu nehmen.

DETAILBERATUNG

Basil Kröppli, SVP-Fraktion, führt aus, dass seine Fraktion den überarbeiteten Finanzplan studiert habe und nicht erfreut gewesen sei ob der neusten Entwicklungen, insbesondere der jedes Jahr fehlenden CHF 500'000.00. Es sei klar, dass gespart werden müsse. Der Gemeinderat werde in seinem Kurs unterstützt und seine Fraktion wolle ihm deshalb auch den Rücken stärken, um anstehende Investitionsvorhaben konsequent auf ihren Sinn zu überprüfen. Dies erwarte die SVP-Fraktion auch von den anderen Parteien. An Kurt Kneier gerichtet möchte er erwähnen, dass die SVP-Fraktion die Verschuldung als relativ hoch erachte und ihm persönlich wäre es nicht gleichgültig, zur Schuldentilgung CHF 1'100.00 bei der Gemeindeverwaltung einzuwerfen.

Robert Richner, FDP-Fraktion, erläutert, dass auch die FDP-Fraktion den Finanzplan zur Kenntnis genommen habe und auch sie über die Auswirkungen der gegebenen Änderungen

nicht erfreut gewesen sei. Es handle sich dabei nicht nur um den Bachgrabenpark, sondern es habe auch neue Aufgaben für die Gemeinde und die Revision des Steuergesetzes gegeben. Zu letzterer sei zu erwähnen, dass diese erst wenige Hürden genommen habe. Der Gemeinderat handle nach Ansicht der FDP-Fraktion richtig, indem er nicht sofort die Strategie zu ändern versuche, sondern vorerst andere Möglichkeiten ausschöpfe. Er bedankt sich ebenfalls beim Gemeinderat und bei Kurt Hürzeler für die geleistete Arbeit.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion, erklärt, dass die CVP-Fraktion den Finanzplan und den Bericht des Gemeinderates zur Kenntnis nimmt. Die Aufforderung von Dr. Anton Lauber, bereits zu diesem Zeitpunkt über gewisse Punkte zu diskutieren, wolle er aufnehmen. Die CVP-Fraktion sei mit der Herabsetzung auf Prioritätsstufe 2 des Projektes „Pestalozzi-Kindergarten“ nicht einverstanden. Es sei dort vorgesehen, in die Sanierung einer Heizungsanlage in einem Pavillon CHF 100'000.00 zu investieren. Werde das Projekt „Pestalozzi-Kindergarten“ nicht vorangetrieben, würde dort ein wunderschönes Stück Land mitten im Dorf für weitere Vorhaben oder Bewirtschaftung blockiert. Er bitte den Gemeinderat, hinsichtlich des Finanzplans vom kommenden Dezember, diesen Gesichtspunkt nochmals neu zu kalkulieren. Die CVP-Fraktion werde den Finanzplan zur Kenntnis nehmen und bedankt sich beim Gemeinderat und bei Kurt Hürzeler für die geleistete Arbeit.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, hält fest, dass der Gemeinderat unter Punkt 2.1 die Mehrkosten aufgelistet hat. Dazu vermisse er aber die Auflistung weiteren kostenträchtigen Volksabstimmungen. Familien würden z.B. immer mehr entlastet, was den Staat ebenfalls viel koste. Bei den Investitionen liessen sich im Finanzplan sehr fragwürdige Investitionen finden. Die Aufrüstung der Feuerwehr Allschwil sei z.B. in Frage zu Stellen. Dass der Gemeinderat diese zurückgestuft habe, begrüsse seine Fraktion. Bezüglich Tempo 30 habe das Volk schon zweimal „Nein“ gesagt. Zudem zeige das Chaos in Basel-Stadt, dass die Einführung von Tempo 30 keine positiven Auswirkungen gebracht habe. Angesichts dessen, dass die Investitionen nicht definitiv festgelegt seien, könne seine Fraktion den Finanzplan zur Kenntnis nehmen.

Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich vorweg bei allen Beteiligten für die rasche Überarbeitung des Finanzplans. Seine Fraktion plädiere für die Kenntnisnahme dieses Finanzplanes. Betreffend des reduzierten Sachaufwandes müsse die Frage gestellt werden, was man vor sich herschiebe. Es sei zu hinterfragen, ob damit wirklich Kosten gespart würden oder ob man diese durch die Beschränkung allenfalls sogar in ein höheres Mass treibe. Der Investitionsbedarf zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur einer Gemeinde der Grösse von Allschwil sei wahrscheinlich grösser, die 8,3 Millionen Franken seien auch schon eine knappe Zahl. Ansonsten freue man sich auf die weitere Überarbeitung anlässlich des Finanzplanes vom kommenden Dezember.

Keine weiteren Wortmeldungen.

://:

Von der aktualisierten Finanzplanung der Einwohnerkasse (Geschäft 3661) wird **mit grossem Mehr Kenntnis genommen**.

Christoph Morat, 1. Vize-Präsident, bedankt sich im Namen des Büros bei Kurt Hürzeler für dessen grosses Engagement, sein kompetentes und freundliches Auftreten und seine stetige Erreichbarkeit. Für die Zukunft wünscht er ihm alles Gute.

Der 1. Vizepräsident des Einwohnerrates, **Christoph Morat**, beendet die Sitzung am Dienstag, 20.06.2006 um 21.00 Uhr. Die Beratungen werden am Mittwoch, 21.06.2006, um 18.00 Uhr fortgesetzt.

Mittwoch, 21.06.2006, 18.00 Uhr

FORTSETZUNG der Beratungen

Susanne Studer, 2. Vize-Präsidentin, begrüsst die Einwohnerräte zur Fortsetzung der Beratungen.

Die Wahlen für das Büro des Einwohnerrates werden während der Behandlung der einzelnen Sachgeschäfte durchgeführt. Nachfolgend werden die Voten zu den Wahlvorschlägen und die Wahlergebnisse zusammenhängend wiedergegeben.

Alice Märky-Schällibaum, FDP-Fraktion, drückt namens ihrer Fraktion an dieser Stelle die Betroffenheit im Zusammenhang mit der mehrfachen Abwesenheit von Iris Zihlmann-Glanzmann, Präsidentin, aus. Für die daraus resultierten Unannehmlichkeiten entschuldigt sie sich und bedankt sich bei Christoph Morat und Susanne Studer für das ausserordentliche Engagement.

185 01.030 Einwohnerrat
 01.031 Büro Einwohnerrat

1. Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2006/2007:

- a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
- b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
- c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
- d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen
- e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen

Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates

Ausgeteilte Stimmzettel:	37
Eingegangene Stimmzettel:	37
Davon leer und ungültig:	0
Gültige Stimmen:	37
Absolutes Mehr:	19

Gewählt ist mit 36 Stimmen: Christoph Morat

Ferner hat eine Stimme erhalten:

Felix Keller

Wahl des 1. Vizepräsidenten / der 1. Vizepräsidentin des Einwohnerrates

Ausgeteilte Stimmzettel:	37
Eingegangene Stimmzettel:	37
Davon leer und ungültig:	1
Gültige Stimmen:	36
Absolutes Mehr:	19

Gewählt ist mit 35 Stimmen: Susanne Studer

Ferner hat eine Stimme erhalten:

Franziska Pausa

Wahl des 2. Vizepräsidenten / der 2. Vizepräsidentin des Einwohnerrates

Ausgeteilte Stimmzettel:	37
Eingegangene Stimmzettel:	37
Davon leer und ungültig:	4
Gültige Stimmen:	33
Absolutes Mehr:	17

Gewählt ist mit 25 Stimmen: Felix Keller

Ferner haben Stimmen erhalten:

Mathilde Oppliger (3), Catherine Hosang (2), Basil Kröpfli (1), Sarah Lorenz (1), Beat Meyer-Zehnder (1)

Wahl von 2 Stimmzählern / Stimmzählerinnen

Als Stimmzähler / Stimmzählerin sind in stiller Wahl gewählt: Armin Bieri, SP/EVP-Fraktion, Ursula Pozivil-Pfister, FDP-Fraktion

Wahl von 2 Ersatzleuten für den Stimmzähler / die Stimmzählerin

Als Ersatzleute für den Stimmzähler / die Stimmzählerin sind in stiller Wahl gewählt: Kurt Kneier, CVP-Fraktion, Claude Rothen, SP/EVP-Fraktion

186 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

**6. Motion von Josua Studer, SVP-Fraktion, vom 17.05.2006,
betreffend „Einsetzen eines Tempo-Info-Gerätes zum Nulltarif“**

Geschäft 3670

Josua Studer, SVP-Fraktion, erläutert seine Motion. Der Anschaulichkeit wegen verweist er auf die Abbildung in seinem Schreiben. Weiter informiert er über die Geräteeigenschaften. Es handle sich bei dem Tempo-Info-Gerät um ein Geschwindigkeitsmessgerät, welches nicht mit einem Fotoapparat ausgerüstet sei. Es würden somit nur Daten aufgenommen von der Geschwindigkeit des erfassten Fahrzeuges und dessen Durchfahrtszeit. Es würden circa 19 Auswertmethoden existieren. Optisch werde dem Fahrzeuglenker die aktuell gefahrene Geschwindigkeit mitgeteilt. So soll präventiv darauf hingewirkt werden, dass die angepasste Geschwindigkeit eingehalten werde, speziell in Quartierstrassen. Das Tempo-Info-Gerät könne individuell aufgestellt werden und erhöhe die Sicherheit in Allschwil. Kosten würde ein solches Gerät um CHF 10'000.00. Es gebe Firmen, die den Gemeinden solche Geräte gratis und ohne Kostenfolge für eine gewisse Zeitdauer zur Verfügung stellen. Die Finanzierung laufe über Werbegelder, welche von örtlichen Firmen gesponsert würden. Deren Logos würden als Gegenleistung am Gerät angebracht. Sollte ein solches Gerät kaputt gehen oder durch Vandalismus zerstört werden, werde es gratis von der Firma repariert. Ein eigenes müsse mit Steuergeldern repariert werden. Dieses Produkt habe er Gemeinderätin Saskia Schärer Ende Januar mit viel Dokumentationsmaterial vorgestellt. Im Allschwiler Wochenblatt vom 26.05.2006 teile der Gemeinderat nun aber mit, dass er ein solches Tempo-Info-Gerät kaufen werde. Dies sei vollkommen unverständlich, speziell in der am Vortag zu genüge dokumentierten finanziellen Situation. Er verstehe nicht, weshalb man etwas kaufe, das man auch gratis haben könne und er frage sich, welches Geld dafür aufgewendet werde. Sollte es von den bewilligten CHF 30'000.00 für die Umsetzung Tempo 30 stammen, sehe er dies als Zweckentfremdung, da dies mit einer Umsetzung von Tempo 30 nichts zu tun habe. Wie dem auch sei, zwei Geräte seien besser als keines. Er wünsche sich eine bessere Kommunikation zwischen dem Gemeinderat und den „Ideen-Lieferanten“. Man gebe sich Mühe, er habe versucht, dies ohne politisches Geschäft, im Sinne einer Anregung durchzubringen. Als keine Antworten erfolgten, habe er sich entschlossen, diesen Vorstoss einzureichen. Er bittet, diesem Produkt zuzustimmen. Mit dem Kauf eines solchen Gerätes habe der Gemeinderat gezeigt, dass er

davon überzeugt sei, dass es sich um ein gutes Gerät handle. In einer Gemeinde der Grösse Allschwils und entsprechendem Strassennetz könne man auch zwei solche Geräte gebrauchen.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste - Sicherheit, führt aus, dass es möglicherweise erstaune, dass der Gemeinderat für die Ablehnung dieser Motion sei. Als Josua Studer ihr erstmals das Produkt vorgestellt habe, sei auch sie davon begeistert gewesen. Das Departement hätte in Folge dessen das Angebot geprüft, die Gemeindepolizei habe sich eingehend damit befasst. Für letztere sei es nicht das erste Mal gewesen, dass sie sich mit solch einem Angebot befasst habe. Man sei zum Schluss gekommen, dass dieses Gerät zu wenig biete für die vorhandenen Bedürfnisse. Oft habe man die Situation, dass aus der Bevölkerung Reklamationen eingehen, dass an einem bestimmten Ort zu schnell gefahren werde. Dort seien verdeckte Kontrollen angebracht und das weitere Vorgehen müsse geplant werden können. Dazu bedürfe es an Zahlenmaterial. Die Sichtbarkeit dieses Gerätes verfälsche aber entsprechende Resultate. Die Autofahrer sähen es von weitem und würden die Geschwindigkeit anpassen. Dies sei schliesslich auch ein Sinn dieses Gerätes. Für die genannten Bedürfnisse nütze dies nichts. Seien bis anhin solche Zahlen benötigt worden, habe man die Bevölkerung vertrösten müssen, bis ein solches Gerät vom Kanton ausgeliehen werden konnte. Oft würde zur Datenerhebung aber ein Vorgehen ohne eine echte Radarkontrolle genügen. Jene Orte, wo eine Radarkontrolle angebracht sei, decke sich nicht mit jenen Orten, welche dieser Messungen bedürften. Ein weiterer Grund gegen das in der Motion beantragte Gerät liege darin, dass zur Zeit die Prüfung für Tempo 30 durchgeführt werde, um in der Folge dem Einwohnerrat eine Vorlage präsentieren zu können. Um dabei Datenmaterial präsentieren zu können, bedürfe es den Teil eines Gutachtens. Um die Kosten möglichst tief zu halten, soll dazu die Gemeindepolizei gewisse Erhebungen selber durchführen und dies nicht einem Ingenieur übertragen. Voraussetzungen dafür seien exakte Messungen, welche bei dem sichtbaren Gerät nicht gewährleistet würden. Deshalb habe man sich beschlossen, ein kombiniertes Gerät zu kaufen. Es handle sich dabei um ein Tempo-Info- und Verkehrsstatistik-Gerät. Letzteres sei relativ klein, so dass man es versteckt anbringen könne. Auch habe man sich gegen das Gratis-Gerät entschieden, weil bei diesem die Werbung platziert werden müsse und dementsprechend das Gerät selbst sehr gross ausfalle. Dies bedeute, dass es kompliziert zu verstellen sei und vor allem auch, dass die Gefahr der Ablenkung der Autofahrerinnen und Autofahrer bestehe. Werbung im Strassenverkehr sei immer heikel und soll nach Ansicht auch der Gemeindepolizei nicht gefördert werden. Diese Überlegungen hätten dazu geführt, dass der Gemeinderat am 17. Mai 2006, also noch vor Einreichung dieser Motion, beschlossen habe, dieses Gerät zu beschaffen. Der Preis belaufe sich auf rund CHF 8'900.00. Seit vergangenem Montag habe man diese zwei Geräte (red. das Tempo-Info- und das Verkehrsstatistik-Gerät) und zur Zeit sei das Tempo-Info-Gerät beim Herrenweg installiert. Auch das andere Gerät sei installiert worden, dessen Standort könne sie aber aus nahe liegenden Gründen nicht bekannt geben.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, nimmt zur Motion Stellung. Seine Fraktion habe anfänglich das Angebot ebenfalls als gut befunden. Man könne dem Gemeinderat stückweit folgen, indem das Argument mit der Werbung verständlich sei. Dem Motionär schlage er vor, das Geschäft in ein Postulat abzuändern, dann könne die SP/EVP-Fraktion der Sache zustimmen und dann aber gleich für die Abschreibung plädieren.

Josua Studer, SVP-Fraktion, fragt nach, weshalb aus allem ein Postulat zu machen und dieses dann gleich abzuschreiben sei. Weiter habe man gehört, dass es sich bei den gekauften Geräten um ein Anzeige- und ein Kontrollgerät handle. Mit einem zweiten Gerät, welches auf die Geschwindigkeit hinweise, hätte man das was man sich wünsche, nämlich Prävention. Von Saskia Schärer habe er stets nur das Thema „versteckte Messungen“ gehört. Es gehe schlicht darum, zu beweisen, dass schnell gefahren wird. Der Text seiner Motion handle aber von einer präventiven Wirkung, die Leute sollen darauf hingewiesen werden, wie schnell sie fahren. Betreffend der Reklamegrössen erwähnt er, dass nicht vorgegeben sei, wie gross die Werbung sein soll, diese könne auch sehr klein sein. Die Frage sei, welche Grösse die Unternehmer wünschten, zudem könne der herstellenden Firma gesagt werden, man wolle nicht mehr als eine entsprechende Grösse. So sei es auch möglich, dass das Gerät um die Zahlen herum

keinerlei Werbung hat, sondern diese sich darauf beschränkt, dass kommuniziert würde, dass sich entsprechende Firma für die Sicherheit engagiere. Primär handle es sich um eine präventive Massnahme. In Riehen z.B. stehen zur Zeit an drei Orten solche Geräte. Weil die Baslerstrasse dort umgebaut werde, müsse der Verkehr durch die Quartierstrassen geführt werden. Die Geschwindigkeitsreduktionen würden dort viel bewirken. In Allschwil aber wolle man schlicht Tempo 30 einführen, um dann dort Radar-Kontrollen durchführen zu können. Primär sollte man aber präventiv und nicht immer strafend sein. Er sehe nicht ein, weshalb er aus der Motion ein Postulat machen soll. Es sei eine Forderung, solch ein Gerät zu beschaffen, da keinerlei Kosten und Verpflichtungen für die Gemeinde entstehen würden. Er sei darüber enttäuscht, dass so lapidar über solches hinweggegangen werde. Sonst werde auch immer von Sicherheit geredet. Bringe man etwas in diese Richtung, sei es dann nicht das, was man wolle, sondern beschaffe etwas anderes. Es werde von Sicherheit gesprochen, gemeint sei aber etwas anderes, nämlich den Verkehr lahm zu legen.

Saskia Schärer, Departementsvorsteherin Einwohnerdienste - Sicherheit, erwidert, dass es sich bei der Anschaffung des Gerätes „im Doppelpack“ wie schon erwähnt unter anderem um ein solches Anzeigegerät handle. Das präventive Gerät sei inbegriffen und auch schon installiert. Sie habe anlässlich ihrer vorgängigen Ausführungen etwas mehr Gewicht auf das andere Gerät gelegt um zu erläutern, weshalb diese Doppelvariante und nicht das kostenlose Gerät gewählt wurde. Zur Werbegrösse führt sie aus, dass, würde diese zu gering, niemand mehr ein Interesse daran hätte, seine Werbung dort erscheinen zu lassen und dafür zu bezahlen. Die Werbung müsse folglich eine gewisse Grösse aufweisen, was im Strassenverkehr nicht erwünscht sei. Bezüglich der Radarkontrolle erklärt sie, dass man mit dem angeschafften Gerät niemals Radarkontrollen durchführen könne. Ein eigentliches Radargerät koste um CHF 100'000.00. Es sei demnach nicht die Meinung, Radarkontrollen durchzuführen, sondern Messerhebungen zu erhalten, welche die Grundlage für gewisse Entscheide bilden sollen. Um folgendes Argument nicht in den Mittelpunkt zu stellen, habe sie zuvor absichtlich darauf verzichtet, dieses zu erwähnen. Aber als die Anfrage eingetroffen sei, habe man bei den Nachbargemeinden betreffend deren Erfahrungen mit der Firma nachgefragt, insbesondere Muttenz. Man sei dabei gewarnt worden, dass man auf das Angebot verzichten soll, da man mit der Firma nur schlechte Erfahrungen gemacht habe. Dies sei mit ein Grund gewesen, weshalb man zu Beginn schon skeptisch gewesen sei. In der Folge habe ein Mitglied der Gemeindepolizei nochmals mit einer Person aus Muttenz über das Thema gesprochen, dann habe deren Aussage nicht mehr so gravierend gewirkt. Aber die ersten Erfahrungen, die Muttenz gemacht habe, seien offenbar sehr schlecht gewesen. Dies habe das Departement Einwohnerdienste - Sicherheit dazu bewogen, die Finger davon zu lassen. Das Gerät sei insofern nicht gratis, als es gewisse Verpflichtungen verursache. Könnten die Firma so z.B. nicht genügend Werber finden, würde das Gerät wieder entfernt. Die Firma könne dementsprechend das Gerät nicht für eine gewisse Zeitdauer versprechen, sondern nur so lange, wie Werber gefunden würden.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt aus, dass er bezüglich der Argumentation von Saskia Schärer kein Verständnis habe. Er sei darüber enttäuscht. Der Vorstoss komme für sie schlicht aus der falschen „Küche“. Betreffend Werbung erwidert er, dass er auch einmal Gemeinderat gewesen sei und seinerzeit seien Ortstafeln eingeführt worden. Habe man Ortstafeln zum Nulltarif, müsse Werbung auch toleriert werden. Es könne nun nicht argumentiert werden, dass dadurch Leute abgelenkt würden. In Wirklichkeit handle es sich nur um die flächendeckende Einführung von der Tempo-30-Zone. Der Begriff „verdeckte Kontrollen“ töne für ihn giftig und hinterhältig. Er bezweifelt, dass die Verkehrsteilnehmer Verständnis dafür haben werden. Seien die Erhebungen in den letzten Jahren getätigt worden, wisse man, dass Innerorts kaum schwere Unfälle zu beklagen seien. Würde die Tempo-30-Zone eingeführt, welche den Vortritt aufhebe, würden sich dauernd Unfälle ereignen, so wie dies in Basel-Stadt der Fall sein werde. Er bittet, mit dieser Ideologie aufzuhören und er hoffe, dass Josua Studer bei der Motion bleibe. Er sei davon überzeugt, dass ein Grossteil der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht verstehen würde, weshalb ein Geschenk nicht angenommen werden sollte. Betreffend Werbung erwähnt er nochmals, dass diese bei den Ortstafeln auch toleriert werde. Dies führe zu einer Unglaublichkeit der verantwortlichen Personen. Es sei nicht in Ordnung, dass aufgrund des

Einbringens einer Idee einfach ein solches Gerät gekauft wurde. Dies sei kein häuslicher Umgang mit Steuergeldern. Er habe kein Verständnis und sollte es sich um einen Entscheid des Gesamtgemeinderates handeln, ginge wieder ein Stück Glaubwürdigkeit verloren. Seine Fraktion werde die Motion unterstützen.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, erwähnt, dass das vorgeschlagene Gerät seines Erachtens nichts bringen würde. Es gebe genügend Verkehrstafeln, welche an die Höchstgeschwindigkeiten erinnern würden und jedes Auto, Motorrad oder Mofa sei mit einem Geschwindigkeitsmessgerät ausgerüstet. Er verstehe denn Sinn dieses Gerätes nicht. Jene, die die Geschwindigkeit übertreten, seien Gesetzesübertreter und somit Täter. Die stete Umdrehung von Täter- und Opferrolle begreife er nicht. Wer geblitzt werde, sei selbst Schuld und soll auch gebüsst werden. Zumal komme damit Geld in die Gemeindekasse, was wohl eine gute Sache sei. Er schlägt vor, diese Motion abzulehnen.

Josua Studer, SVP-Fraktion, wiederholt, dass es sich um ein Gerät handle, welches nicht die Geschwindigkeitsübertretung messe. Es gehe auch darum, dass, auch wenn wie z.B. bei der Strasse vor der Aula ein Tempo von 50 km/h erlaubt sei, das Gerät z.B. eine Geschwindigkeit von 30 km/h anzeige und dem Fahrer damit eventuell bewusst werde, dass dies an dieser Stelle auch genug schnell sei. Er habe in der Motion geschrieben, dass die Geräte so programmiert werden können, dass eine Höchstmessgeschwindigkeit eingestellt werde, bei deren Erreichen das Gerät nur blinken würde. Die Rede sei von Prävention und nicht von Kontrolle, auch nicht davon, Leute schlecht zu machen. Man müsse sich bewusst sein, dass der Raser nicht dazu gebracht werden könne, langsamer zu fahren. Aber dem allgemeinen Autolenker, oder auch einem Fahrradfahrer, der kein Tachometer habe, könne so bewusst gemacht werden, wie schnell er fahre. In der ganzen Schweiz könne man diese Geräte antreffen, viele Gemeinden seien zufrieden mit den Geräten, nur in diesem Plenum könne man meinen, das Gerät sei unnützlich und nicht nötig. Auch Statistiken würden im Verlaufe der Nutzungszeit zeigen, dass sich die Geschwindigkeiten reduzieren würden, je länger das Gerät stehe. Er habe mit den Argumenten der Gegner Mühe, speziell mit jenem, das MuttENZ schlechte Erfahrungen gemacht habe. Als er das Gerät von MuttENZ zum ersten Mal gesehen habe, habe er sich bei der Gemeinde erkundigt, von wo sie dieses Gerät hätten. Dabei wurde er an den obersten Angestellten der Polizei MuttENZ verwiesen, welcher die Firma in den höchsten Tönen gelobt habe. Über die erwähnten Probleme habe Saskia Schärer den Motionär schriftlich informiert, deshalb sei er der Sache nachgegangen und habe dabei erfahren, um was es sich gehandelt habe und dies sei nichts Relevantes gewesen.

Peter Hauser, SVP-Fraktion, führt aus, dass er es nicht einsehe, dass man es mit diesem Gerät nicht probiere, da es die Gemeinde nichts koste. Seiner Ansicht nach müssen die Leute auf die Geschwindigkeit sensibilisiert werden. Statistiken nützen hier nichts. Es sei positiv, wenn dem Automobilisten gezeigt werde, dass er mit 65 km/h durch das Dorf fahre und er dabei erschrecke und die Geschwindigkeit reduzieren würde. Dies mache für ihn Sinn. Betreffend dem Sponsoring erläutert er, dass überall am Strassenrand gesponsert werde. So habe Coop z.B. beim Kreisel am Grabenring auch etwas bezahlt, auch habe er beim Jumbo-Kreisel etwas gesponsert. Der Kanton erlaube es, den Kantonsstrassen entlang Reklamen aufzustellen. So sei es z.B. an der Kreuzung Weiherweg der Tafeln wegen ebenfalls mühsam, zu sehen, ob etwas komme oder nicht. Er sehe deshalb nicht ein, weshalb ein solches Gerät nicht angeschafft werden soll und die Leute damit gebeten würden, langsamer zu fahren.

Barbara Selinger, SP/EVP-Fraktion, gibt ihr Erstaunen darüber zur Kenntnis, dass immer wieder erwähnt würde, aus welcher politischen Ecke die Motion stammt. Für sie wäre diese auch dann fragwürdig, wenn sie von der so genannten linken Seite her komme. Sie stelle sich vor, wie junge Leute Wettrennen veranstalten würden, wer wohl die höchste Geschwindigkeit auf der Anzeige erreiche. Andererseits müssten die Autofahrer die Anzeige für eine gewisse Zeit fixieren, um herauszufinden, wie schnell sie fahren. Sie wolle nicht ahnen, was geschehe, wenn genau in diesem Moment ein Kind auf die Strasse renne. Ein zu schnelles Fahren hätte ja keinerlei Konsequenzen, weshalb ein Autofahrer kurz abbremsen werde, um dann wieder zu beschleunigen. Die Erklärungen von Saskia Schärer seien für sie einleuchtend, zumal das

Gerät ja bereits angeschafft worden sei. Sie habe selbst Kinder gesehen, die bei solch einem Gerät mit dem Fahrrad Wettrennen veranstaltet hätten, wer die grösste Geschwindigkeit erreichen könne. Sie könne sich vorstellen, dass dies mit jungen Autofahrern nicht anders sei.

://:

Die Motion wird **mit 18 zu 16 Stimmen für nicht erheblich erklärt**.

187 12.100 Strassen; Planung und Bau
 12.150 Waldwege

**7. Postulat von Mario Bernasconi, SD-Fraktion, vom 26.04.2006
betreffend "Realisation einer Fusswegverbindung Mühlebachtal
Geschäft 3662**

Mario Bernasconi, SD-Fraktion, weist darauf hin, dass das Postulat nicht bloss von ihm stamme, sondern dass mehrere Personen an ihn, als ehemaligen Wirt des Hundesportes und der Familiengärten, herangetreten seien und ihm das Problem geschildert hätten mit der Bitte, dieses Postulat einzureichen. Er bittet den Gemeinderat, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt, bedankt sich für den Antrag und hält fest, dass sich der Gemeinderat aber auf einen anderen Standpunkt stelle. Auf der vorgelegten Folie sei die derzeitige Fusswegverbindung von Allschwil ins Mühletal zu erkennen. Nebenbei sei aber auch ein grüner Pfad ersichtlich. Dabei handelt es sich um den Weg, der vom Spitzwald nach Neuweiler führe. Dieser Weg sei sehr gut ausgebaut und für Fussgänger und Fahrradfahrer geeignet. Der Gemeinderat halte deshalb die Verbindung für ausreichend. Deshalb wolle man keinen neuen Weg bauen, welcher im Talboden des Mühletals verlängert werden soll. Dies zumal das grösste Teilstück davon auf französischem Boden gebaut würde. Weil dabei viele Privatgrundstücke berührt würden, sei Neuweiler noch nicht weit fortgeschritten. Seine persönliche Meinung sei, dass wenn Frankreich dort mit Allschwil bauen wolle, man sich ein Entgegenkommen vorstellen könne. Von sich aus auf Frankreich zugehen, und somit das Projekt forcieren, wolle er aber nicht, zumal damit Neuweiler vor grosse Investitionen gestellt würde. Zudem hätte die derzeitige Baustelle des Hochwasserrückhaltebeckens keine gute Synergie zu einer Verlängerung des Weges. Dazu würde ohnehin eine eigene Bauplatzeinrichtung benötigt werden. Deshalb empfehle er dem Einwohnerrat, diesen Antrag abzulehnen.

Jürg Gass, SP/EVP-Fraktion, drückt sein Erstaunen darüber aus, welcher politischen Richtung dieses Postulat entstamme. Seine Fraktion sei gegen das Projekt, weil erstens, wie auch von Robert Vogt erwähnt, bereits zwei Wege existieren würden und zweitens ein weiterer Weg viel Geld kosten würde. Es sei z.B. anlässlich des Kreisels bekannt, dass plötzlich mit Kostenüberschreitungen zu rechnen sei. Frankreich wolle noch nicht bauen. Dazu müssten erst die privaten Grundstücke enteignet werden, was noch längere Zeit dauern werde. Eine Sackgasse bis zur Grenze zu bauen erscheine ihm angesichts der momentanen Finanzlage als zu übertrieben. Dort könnte Geld gespart werden. Bei einem Interesse Neuweilers könne wieder darüber diskutiert werden.

Lucius Cueni, SP/EVP-Fraktion, erachtet den Weg als unnützlich. Würde man das Gebiet begehen, könne festgestellt werden, dass nicht nur zwei, sondern fünf Wege existieren, welche auf einem relativ kleinen Gebiet nach Neuweiler führen. Generell gesehen sei das Wegnetz im Allschwiler Wald sehr dicht, jeder weitere Weg bedeute einen grossen Störfaktor. Denn viele Leute blieben nicht auf dem Weg selbst, sondern verliessen diesen in den Wald hinein. Würde das lauschige Gebiet zwischen Kirschner und der Landesgrenze mit einem Weg verunstaltet, würde ein unnötiger Störfaktor geschaffen.

Bruno Steiger, SD-Fraktion, führt aus, dass es eigenartig sei, dass Jürg Gass behaupte, dass dieser Weg viel Geld koste, ohne genauer darüber informiert zu sein. Er bezweifle, dass viele schon dem Mühlebächlein entlang in Richtung Basel spaziert seien. Dies sei sehr schön. Das im Postulat geschilderte Teilstück sei nicht sehr lang und es gehe darum, dass man nicht auf der Strasse in Richtung Frankreich gehen müsse. Soll Allschwil auch für Wanderer attraktiv sein, sollte die Idee in Erwägung gezogen oder evaluiert werden. Zumindest sollte Robert Vogt mit der Nachbargemeinde darüber sprechen, dass die Strecke dem Bächlein entlang geführt werde und nicht mehr entlang der Strasse. Dies müsse nicht sofort realisiert sein, sondern im Verlaufe der ganzen Bauphase evaluiert werden. Es handle sich um ein Postulat und soll doch in Betracht gezogen werden. Man habe ein gutes Verhältnis mit Neuweiler, sei man diesem doch auch schon bezüglich der Kanalisation entgegengekommen. Auch Frankreich dürfte Interesse an einem Wanderweg haben. Um diesbezügliche Abklärungen habe er nur ersuchen wollen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion, weist darauf hin, dass er im „Täli“ wohnhaft sei und bemerke, dass viele ortsunkundige Personen dort spazieren und sich auf die Hauptstrasse begeben. Er könne sich vorstellen, dass mit einer deutlicheren Wegbezeichnung diese auf den richtigen Weg geleitet werden könnten.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, hält fest, dass Bruno Steiger eine Kontaktaufnahme mit Neuweiler zwecks Errichtung eines gemeinsamen grenzüberschreitenden Fussweges verlange, Mario Bernasconi aber verlange die Realisierung einer Fusswegverbindung im Rahmen der Bauarbeiten Hochwasserschutz. Dies seien zwei verschiedene Dinge. Für ihn sei die Antwort des Gemeinderates einleuchtend. Es gebe keine Synergien mit den Bauarbeiten betreffend Hochwasserschutz, folglich sei dieses Postulat in der vorgeschlagenen Art nicht sinnvoll. In dieser Form könne es nicht überwiesen werden. Würde es sich aber um eine Kontaktaufnahme mit der Gemeinde Neuweiler zwecks Realisation eines gemeinsamen Fussweges handeln, sei dies für ihn ein anderes Thema und dann sei er auch bereit, darüber zu diskutieren. Dann könnten die Synergien gefunden werden, welche darauf basieren, dass wenn auf französischer Seite der Grossteil des Weges gebaut werde, dieselbe Firma auch das Reststück bauen könne.

Mario Bernasconi, SD-Fraktion, erklärt sich bezüglich des vorangegangenen Vorschlags betreffend Kontaktaufnahme einverstanden und ändert sein Postulat dementsprechend ab.

Die abgeänderte Version des Postulats wird dem Büro schriftlich vorgelegt mit dem Wortlaut: *„Ich bitte den Gemeinderat, mit der Gemeinde Neuweiler Kontakt aufzunehmen, um die Realisierung einer Fusswegverbindung dem Mühlebach entlang zur Nachbargemeinde Neuweiler in Erwägung zu ziehen (unterzeichnet: Mario Bernasconi)“.*

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt, erklärt, dass der Gemeinderat diesen Weg aus folgenden drei Gründen nicht wünscht: es bestünden genügend hochwertige Verbindungen von Allschwil nach Neuweiler, die Kosten würden auch im Falle von Synergieeffekten auf französischer Seite anfallen und der Hochwasserschutz ermögliche auch keine Synergien. Deshalb bittet er, das Postulat abzulehnen.

Peter Humbel, SP/EVP-Fraktion, führt aus, dass er schon etliche Male durch das „Mühletäli“ spaziert sei, es ihm aber noch nie in den Sinn gekommen sei, zum Forsthaus hoch und der Strasse entlang nach Neuweiler zu gehen. Ein zusätzlicher Wegweiser, welcher gleich am folgenden Tag in Auftrag gegeben werden könne, würde das Problem lösen, existierten doch bereits mehrere entsprechende Wege.

://:

Das abgeänderte Postulat wird **mit 21 zu 11 Stimmen abgelehnt**.

188	13.110	Abfallbeseitigung
	13.120	Abfallprävention
	13.230	Ökologie

**8. Postulat von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, vom 26.04.2006
betreffend Verschmutzung (Littering) der öffentlichen Plätze,
Strassen und Trottoirs** **Geschäft 3668**

Ursula Pozivil-Pfister, FDP-Fraktion, drückt ihre Freude darüber aus, dass der Gemeinderat dieses Postulat entgegennimmt. Auch als erfreulich erachte sie die Antwort aus dem GPK-Bericht. Über das Problem Littering sei täglich aus den Medien zu vernehmen und es handle sich dabei um ein Problem der heutigen Zeit. Betroffen sei dabei nicht nur Allschwil. Sie hoffe, dass die mehrwöchige Kampagne „Einfälle statt Abfälle“ ein grosser Erfolg und das Ziel erreicht werde.

Robert Vogt, Departementsvorsteher Tiefbau - Umwelt, erklärt, dass der Gemeinderat froh sei über dieses Postulat. Würden doch damit die Anliegen des Gemeinderates exakt widerspiegelt. Im Leistungsbericht sei aufgezeigt worden, dass bereits viele Anstrengungen unternommen wurden und es auch schon viel Geld gekostet habe, dieses Littering zu beheben. Künftig wolle man am gesellschaftlichen Problem des Litterings arbeiten, dort liege der Kern der Sache. Die Lösung sehe man darin, dass nun diese Kampagne gestartet werde. Im Juli finde diesbezüglich die erste „Kickoff-Sitzung“ statt. Man werde damit die Möglichkeit haben, einen breiten Teil der Bevölkerung Allschwil mit ein zu beziehen, Lösungsvorschläge zu erarbeiten und das Problem wieder ins Bewusstsein zu rufen. Zumindest würde danach alle wieder mit offenen Augen durch Allschwil gehen und allenfalls auch selbst etwas vom Boden aufnehmen. Dies sei das Ziel. Der Gemeinderat empfehle deshalb Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung.

://:

Das Postulat wird **mit grossem Mehr überwiesen und abgeschrieben**.

189	11.140	Gemeindeprojekte
	12.200	Freizeit/Sport/Grünanlagen; Planung und Bau

**9. Interpellation von Robert Richner, FDP-Fraktion, vom 18.01.2006
betreffend Sportanlage ‚Im Brüel‘** **Geschäft 3647**

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau - Raumplanung, legt den Stand der Arbeiten dar. Bekanntlich habe der Spatenstich noch bei Schnee stattgefunden. Der Witterung wegen konnte zu Beginn nur an 14 von 50 möglichen Arbeitstagen gearbeitet werden. Der Boden sei zu Nass gewesen, was eine zu hohe Belastung durch die Baufahrzeuge zur Folge gehabt hätte. Dadurch hätte mehr Material hergesetzt werden müssen, was zusätzliche Kosten verursacht hätte. Danach sei aber ein intensives Arbeiten möglich gewesen. Zu erkennen sei, dass die Niveau-Unterschiede zwischen Seite Bachgraben und Seite Strasse behoben sind. Das Gelände sei soweit vorbereitet, dass mit dem Aufbau des Rasen- und des Kunstrasenfeldes begonnen werden könne. Demnächst werde die Drainage eingelegt. Bei den Hochbauten sei das Clubhaus entstanden und die Fundamente von Tribüne und Garderobegebäude seien erstellt. Eine leichte Verzögerung sei aber auch dort zu verzeichnen. Beim Spielfeldbereich betrage die Verzögerung rund 8 Wochen. Zur Frage von Robert Richner, ob mit der Stadt Basel Kontakt aufgenommen worden sei, antwortet er, dass dies geschehen sei anlässlich der Projektweiterverarbeitung. Damals sei Andrea Müller, Leiter Sportamt Basel-Stadt, eingeladen worden und es sei darüber debattiert worden, ob bezüglich der Unterhaltsarbeiten allenfalls über die Kantonsgrenze hinaus zusammengearbeitet werden könnte. Eine weitere Frage betreffe die Absicht des Kantons Basel-Stadt, ebenfalls ein Kunstrasenfeld in diesem Gebiet zu realisieren. Roman Meury bestätigt diese Absicht, begonnen werden sollte im Jahre 2006. Wie

aber sichtbar sei, bestünden gewisse zeitliche Unterschiede. Allschwil sei in den Arbeiten wesentlich weiter fortgeschritten. Die Stadt Basel habe kürzlich in derselben Region, beim Buschweilerhof und bei der Schützenmatte, zwei Felder realisiert. Dass dort ebenfalls ein Pflegebedarf bestehe, sei nicht von der Hand zu weisen. Im Verlaufe des Sommers werde man Abklärungen treffen, ob allenfalls Unterhaltsarbeiten gemeinsam durchgeführt werden könnten. Die betreffende Person des Sportamtes Basel sei kontaktiert und stehe grundsätzlich diesem Anliegen positiv gegenüber. Allerdings muss beachtet werden, dass weitere Möglichkeiten betreffend Pflege und Unterhalt bestehen. Es gehe unter Punkt 3 darum, allenfalls gemeinsam Maschinen und Apparate zu kaufen, zu mieten oder zu betreiben. Dies sei zwar grundsätzlich möglich. Unmittelbar neben den beiden Feldern befinde sich aber deren Ersteller. Demzufolge bestehe auch die Möglichkeit, dass dieser die Pflege übernehmen werde. Somit habe man folgende drei Optionen: eine eigene Option, welche aber der Investition wegen sehr fragwürdig sei, eine Option zusammen mit dem Sportamt Basel und eine mit dem Ersteller der Anlage.

Robert Richner, FDP-Fraktion, bedankt sich bei Roman Meury für dessen Beantwortung der Interpellation und verzichtet auf eine Diskussion.

190 11.100 Raumplanung/Zonenplanung
11.121 Baugesuche/Bauanfragen

**10. Interpellation von Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, vom 15.02.2006
betreffend ‚Bewilligte Dachformen gemäss Zonenreglement Siedlung‘
Geschäft 3651**

Roman Meury, Departementsvorsteher Hochbau - Raumplanung, weist darauf hin, dass die Kenntnis über den § 25 „Ausbildung der Dächer“ zum Zonenreglement Siedlung relevant sei, da er darauf Bezug nehmen werde. Es handle sich um eine komplizierte Interpellation, was eine mündliche Stellungnahme etwas schwierig gestalte. Frage 1 betreffe das Verhältnis zwischen Baubewilligung für Satteldächer und für Walmdächer im Vergleich mit davon abweichenden Dachformen. In den letzten Jahren wurden cirka 90 -100 Baugesuche pro Jahr eingereicht und bewilligt. Dabei handle es sich um Neubauten, Umbauten, Sanierungen, Erweiterungen, Aufstockungen etc. Also um alle Projekte, die eines Baugesuches bedürften. In den Jahren 2004 und 2005 seien total 21 Projekte bewilligt worden, bei denen dachrelevante Aspekte zum Tragen kamen. Bei 19 davon seien Dachformen gemäss Zonenreglement bewilligt worden. Bei zwei Projekten sei ein Ausnahmeantrag gemäss § 25 gestellt worden. Dabei habe es sich um zwei Einfamilienhäuser gehandelt in den Zonen W3 und W2. Bei jenem in der W2-Zone habe es sich um ein Passivhaus mit Photovoltaik auf dem Dach und beim anderen um eine Geschossaufstockung in Holzelementbau in einem bestehenden Quartier mit Flachdachbauten gehandelt. Somit seien die beiden Ausnahmegründe angewandt worden. Einmal um die Energiesparmassnahme und einmal um eine abweichende Dachform zu bewilligen, sollte sie sich harmonisch in die Umgebung eingliedern. Man sei der Meinung gewesen, dass letzteres der Fall sei. Würden nun die 189 Baugesuche in den Jahren 2005-2005 betrachtet, seien 21 Projekte mit dachrelevanten Aspekten gemäss § 25 des Zonenreglements Siedlung beurteilt worden. Davon wiederum seien 19 Projekte, also 90,5%, mit Sattel- und Walmdächern und zwei Projekte, 9,5%, mit Flachdach bewilligt worden. Die zu untersuchende Zahl sei aber sehr gering. Frage 2 beantwortet er dahingegen, dass die Ausnahmeanträge im Verhältnis 1 zu 1 gestanden hätten. Zur Frage betreffend Vorliegen eines Beurteilungsrasters führt er aus, dass das Zonenreglement Siedlung dieses Beurteilungsraster bilde. Dies indem es besage, dass Flachdächer nur dann bewilligt würden, wenn sie sich harmonisch einfügen. Es handle sich um eine Frage der Ästhetik, und somit sei deren Beantwortung nicht genau messbar. Würde nachweisbar Energie gespart, sei dies aber messbar. Betreffend lit. b) erläutert er, dass diese Kompetenz grundsätzlich bei allen Allschwiler Einwohnerinnen und Einwohner liege, und zwar im Rahmen der Einsprachemöglichkeit im ordentlichen Baugesuchverfahren. Abschliessend sei es am Bauinspektorat, aufgrund der Stellungnahmen des Bauausschusses und des Gemeinderates, zu entscheiden. Frage 4 handle vom energiesparenden Teil dieser

Dachformen. Betreffend der erforderlichen Nachweise erklärt er, dass die Bauherrschaft begründen müsse, welche energiesparenden und sich auf die Dachform beschränkenden Massnahmen vorgesehen seien, wie z.B. Sonnenkollektor-Anlagen, Photovoltaik-Zellen, Warmwasseraufbereitung et cetera. Als Beurteilungsraster gelte die Verordnung über die Förderbeiträge, welche der Kanton aufgrund des Energiegesetzes erlassen habe. Zur Frage nach dem Mitbestimmungsrecht und der Entscheidkompetenz gelte das selbige wie bei Frage 3.

Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, bedankt sich bei Roman Meury für die Beantwortung seiner Fragen. Er sei dadurch befriedigt. Aufgrund dessen, dass der Einwohnerrat regelmässig im Zusammenhang mit Quartierplänen Flachdächer bewillige, sei er davon ausgegangen, dass dies beim zonenkonformen Bau ebenfalls der Fall sei. Er nehme mit Freude zur Kenntnis, dass dem nicht so sei. Sondern dass man sich stattdessen an die gesetzlichen Bestimmungen halte. Als nächster Schritt müsste überdacht werden, wie bei den Quartierplänen mit der Frage umzugehen sei, welche Dachformen zum Dorfbild passen würden und wie der zonenplankonforme Bau und der Quartierplanbau fließend ineinander übergehen könnten. Dies sei seines Erachtens nämlich nicht der Fall. Er stellt keinen Antrag zur Diskussion.

Hanspeter Frey-Rieder, FDP-Fraktion, möchte wissen, ob die Verwaltung abgeklärt habe, wie viel die Beantwortung dieser Interpellation gekostet habe. Er werde diesbezüglich eine Interpellation einreichen.

Christoph Morat, 1. Vize-Präsident, beschliesst die Beratung mit den Danksagungen für die angenehme Zusammenarbeit mit den Kollegen des Büros und dem Gemeinderat. Die Bindeglieder dazwischen, Andreas Weis und Max Kamber, würden eine hervorragende Arbeit leisten. Dies sei sehr hilfreich gewesen unter den speziellen Umständen. Weiter bedankt er sich beim Ratsweibel-Paar Hugo und Anita Gloor, welche die Einwohnerräte während ihren Sitzungen bestens betreuen. Beim Einwohnerrat bedankt er sich für die engagierten Voten und die meistens fair geführten Diskussionen. Er wünscht sich dies auch für das folgende Amtsjahr.

Christoph Morat beschliesst die Sitzung um 20.00 Uhr.